



## DOSSIER

### LANDHUNGER UND SATTE GEWINNE

Geschäfte mit Ackerland bedrohen kleinbäuerliche Landwirtschaft in Lateinamerika

## // IMPRESSUM

### HERAUSGEBER:

FORSCHUNGS- UND DOKUMENTATIONSZENTRUM CHILE-LATEINAMERIKA E.V. UND LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

Erscheint als Dossier Nr. 4 innerhalb der LN 447/448 (September/Oktober 2011) sowie als separate Themenbroschüre.

**Redaktion:** Redaktionskollektiv der Lateinamerika Nachrichten

**V.i.S.d.P.** Olga Burkert, Manuel Burkhardt, Thomas Fritz, Alke Jenss und Tobias Lambert

### // KONTAKT

Gneisenaustr. 2a, D – 10961 Berlin

Tel: 030 / 694 61 00, Fax: 030 / 692 65 90

[www.fdcl.org](http://www.fdcl.org)

[info@fdcl.org](mailto:info@fdcl.org)

[www.lateinamerika-nachrichten.de](http://www.lateinamerika-nachrichten.de)

LN-Redaktion: [redaktion@LN-Berlin.de](mailto:redaktion@LN-Berlin.de)

Bestellungen und Informationen zum LN-Abo: [abo@LN-Berlin.de](mailto:abo@LN-Berlin.de)

Diese Publikation wurde gefördert vom Evangelischen Entwicklungsdienst (eed), vom Katholischen Fonds und durch die Europäische Union.



Diese Publikation wurde produziert mit der finanziellen Unterstützung der Europäischen Union. Der Inhalt der Publikation liegt in der alleinigen Verantwortung der Herausgeber\_innen und kann in keiner Weise als Sichtweise der Europäischen Union angesehen werden. Sie wurde veröffentlicht im Rahmen des von der Europäischen Union geförderten Projekts „*Put MDG1 back on track: supporting small scale farmers, safety nets and stable markets to achieve food security*“. Partnerorganisationen des Projektes sind: Glopolis (CZ), FDCL (DE), SOS Faim Belgium und SOS Faim Luxembourg.



Das Titelfoto von Sub [Cooperativa de fotógrafos] zeigt einen Bauern der Siedlung 13 de Mayo in Paraguay, der gegen die Vertreibung von seinem Land kämpft.

# LANDHUNGER UND SATTE GEWINNE

GESCHÄFTE MIT ACKERLAND BEDROHEN KLEINBÄUERLICHE LANDWIRTSCHAFT



Foto: Sub [Cooperativa de fotógrafos]

- 4 **Agrarfrage sucht Antworten** // Ein Dossier zu Landkonflikten und Land Grabbing in Lateinamerika
- 7 **Die Landfrage bleibt ungelöst** // Trotz zahlreicher Landreformen hat sich an der ungleichen Verteilung des Bodens in Lateinamerika bis heute wenig geändert
- 12 **Milpa-Menschen** // Essay über eine traditionelle Anbauweise aus Zentralamerika
- 18 **Hundert Jahre Vergeblichkeit** // In Mexiko hat die marktorientierte „Landreform“ der Weltbank gemeinschaftliche Formen des Landbesitzes ersetzt
- 22 **Für das Leben** // In Paraguay wächst der Widerstand gegen Sojamonokulturen
- 25 **Der Kolonist von nebenan** // Brasilianische Agrarunternehmer\_innen investieren auch außerhalb des eigenen Landes
- 28 **Rückkehr mit vielen Fragezeichen** // Ölpalmen verschlucken kleinbäuerliche Gemeinden im Westen Kolumbiens
- 32 **„Das neue Landgesetz ist eine Farce“** // Mauricio Meza von der kolumbianischen Menschenrechtsorganisation COMPROMISO über die neuen Gesetze zur Rückgabe von Land an Vertriebene
- 34 **Zwischen Patriotismus und Plünderung** // Die neue Landnahme in Lateinamerika führt zu Reaktionen von Regierungsseite
- 37 **Agrarrevolution mit Handbremse** // In Bolivien kommen die von Präsident Evo Morales angekündigten einschneidenden Landreformen nur schwer in Gang
- 41 **Glossar und Tipps zum Weiterlesen**

# AGRARFRAGE SUCHT ANTWORTEN

EIN DOSSIER ZU LANDKONFLIKTEN UND LAND GRABBING IN LATEINAMERIKA

Ackerland gilt neuerdings als höchst lukrativ. Spätestens seit der jüngsten Finanzkrise 2008/2009 widmen Unternehmen, Politik, Nichtregierungsorganisationen und soziale Bewegungen dem ländlichen Raum unter dem Schlagwort „Land Grabbing“ verstärktes Interesse. Akteure gibt es dabei viele. Private Fonds investieren in Land, um Profite zu erzielen, Schwellenländer bauen jenseits ihrer Territorialgrenzen Lebensmittel für die eigene Bevölkerung an und Unternehmen kaufen oder pachten in vielen Ländern des globalen Südens Ackerland zu Spottpreisen. Die Rechnung ist simpel: Eine anwachsende Weltbevölkerung, steigender Bedarf an Lebensmitteln, zunehmender Fleischkonsum in Schwellenländern und die Begrenztheit landwirtschaftlicher Anbauflächen garantieren auf lange Sicht gute Geschäfte im Agrarbereich.

Hinter dem Trend steht die grundsätzliche Frage, welches Agrarmodell den Menschen nützt, sprich, was zu welchen Bedingungen und für welche Zwecke auf dem zur Verfügung stehenden Ackerland angebaut werden soll. Denn dieses wird nicht nur zur Produktion von Lebensmitteln genutzt, sondern bringt auch Futtermittel für die Massentierhaltung oder Agrosprit hervor. Verliererin ist vor allem die kleinbäuerliche Landwirtschaft, die es oftmals an politischer Unterstützung und technischen Verbesserungen mangelt. Entgegen den Argumenten der Agrarindustrie stellt die kleinbäuerliche Landwirtschaft weltweit einen Großteil der Lebensmittel her und ist nicht selten produktiver als industrielle Landwirtschaft. Durch entsprechende Rahmenbedingungen wären Kleinbäuerinnen und -bauern in der Lage, die Welt nachhaltig zu ernähren. In der heutigen Realität leben von den weltweit etwa eine Milliarde hungernden Menschen die meisten jedoch auf dem Land. Durch die einseitige Handelsliberalisierung und unfaire Freihandelspraktiken müssen viele Staaten, die

sich früher weitgehend selbst ernähren konnten, heute einen Großteil der benötigten Lebensmittel importieren. Wenngleich sich der Wandel im Agrarsektor in den letzten Jahren intensiviert hat, ist die Landfrage für Lateinamerika alles andere als neu. Seit der Kolonialisierung stellen Großgrundbesitz und Landkonzentration ein Problem für die Gesellschaften des Subkontinents dar, leiden Kleinbäuerinnen und Kleinbauern unter Repressionen, werden traditionelle, indigene Bedeutungen und Nutzungen von Land ignoriert. Die zahlreichen Versuche, in lateinamerikanischen Ländern Landreformen durchzuführen sind im Laufe der Jahrhunderte überwiegend gescheitert.

Die Triebkräfte für Landkonflikte sind heute etwa die exportorientierte industrielle Landwirtschaft und der Anbau in Monokulturen. Beide haben häufig eine internationale Dimension. Die Folgen sind verheerend: Das vorherrschende Agrarmodell basiert auf Vertreibungen und Umweltzerstörung, verhindert Ernährungssouveränität und untergräbt Ernährungssicherheit.

Doch es gibt auch vielfältigen Widerstand gegen dieses industrielle Auslaugen von Land. Landlose besetzen Flächen, Aktivist\_innen wehren sich gegen Gensoja, und mancherorts werden Alternativen zur industriellen Landwirtschaft erprobt. Viele Landkonflikte werden dabei gewaltsam ausgetragen. Internationalen Organisationen wie der Weltbank oder der Welternährungsorganisation FAO geht es vor allem um die Frage der Ernährungssicherheit, die in erster Linie durch eine Steigerung der Produktion zu erreichen sei. Das internationale kleinbäuerliche Netzwerk La Via Campesina (Der bäuerliche Weg) und andere soziale Bewegungen propagieren hingegen das Konzept der Ernährungssouveränität. Dieses schließt eine lokale Komponente und die demokratische Entscheidung über den Anbau von Lebensmitteln mit ein. Dank des Drucks von unten stehen Land-



reformen in einigen Ländern zumindest diskursiv immer noch oder wieder auf der Tagesordnung. Mit dem Dossier *Landhunger und satte Gewinne* wollen die *Lateinamerika Nachrichten* und das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Latinamerika (FDCL) Einblicke in Ausmaß, Entwicklung und Triebkräfte des Land Grabbing in Lateinamerika vermitteln sowie Alternativen zum derzeit vorherrschenden Agrarmodell vorstellen. Dazu wird zunächst in die Thematik eingeführt. Ein historischer Überblick über die Landfrage in Lateinamerika von der Kolonialzeit bis heute zeigt die zahlreichen (gescheiterten) Versuche von Landreformen auf. Dass es in Lateinamerika durchaus Alternativen zur industriellen Landwirtschaft in Monokultur gibt, zeigt ein Text über die *milpa*, die traditionelle zentralamerikanische Anbauweise, bei der Mais mit Bohnen, Kürbis, Chili und andere Spezies typischerweise eine Symbiose bildet.

Der neoliberalen Wandel der Landwirtschaft wird anhand des Beispiels Mexiko erläutert, wo im Vorfeld des Freihandelsabkommens mit den USA und Kanada 1992 die Unverkäuflichkeit des traditionellen Gemeindelandes (*ejido*) aufgehoben wurde. Als Triebkräfte des Land Grabbing werden in weiteren Artikeln Sojaanbau in Paraguay und Palmölanbau in Kolumbien behandelt. Der kolumbianische Aktivist Mauricio Meza erläutert im Interview die Folgen der kolumbianischen Agrarpolitik für die kleinbäuerliche Landbevölkerung. Bei der Jagd nach Land mischen dabei keineswegs nur europäische oder US-amerikanische Akteure mit, wie ein Artikel über brasilianische Agrarunternehmen zeigt, die weit über die Landesgrenzen hinaus aktiv sind. Außerdem werden die Rolle von Investment-Fonds sowie die Reaktionen der nationalen Regierungen auf den massiven Ausverkauf von Land an ausländische In-

vestoren beleuchtet. Zuletzt wird beispielhaft die aktuelle Landreform in Bolivien einer kritischen Bilanz unterzogen. Abgerundet wird das Dossier durch ein Glossar, in dem einige der häufiger vorkommenden Fachbegriffe kurz erklärt werden, sowie Tipps zum Weiterlesen.

Bei der Breite des Themas müssen in diesem Rahmen notgedrungen interessante Aspekte auf der Strecke bleiben. Zum Beispiel stehen auch die Ausbeutung nicht agrarischer Rohstoffe sowie die mit der Ressourcenausbeutung einhergehenden

Infrastrukturmaßnahmen in Flächenkonkurrenz zu kleinbäuerlicher Landwirtschaft.

Die Möglichkeiten von Widerstand und der Entwicklung von Alternativen werden nur angerissen. Das Dossier bietet Einblicke in einen Themenbereich, der für die Zukunft des Kontinents und darüber hinaus immense Bedeutung hat. Die dabei vorhandenen Lücken sollen auch als Aufforderung dienen, das Thema zu vertiefen.

// LN und FDCL e.V.

Foto: Sub [Cooperativa de fotógrafos]



## FOTOSTRECKE „17 ENTEIGNUNGEN UND KEINE BLUME“

Die Fotoreportage, die das vorliegende Dossier bebildert, ist von dem argentinischen Kollektiv Cooperativa Sub. Die jungen Fotograf\_innen aus Buenos Aires teilen sich neben ihrer Leidenschaft fürs Fotografieren auch ihr Büro, eine Internetseite als Portal für ihre Arbeit und ihre Einnahmen. Cooperativa Sub möchte mehr sein als eine Fotoagentur: „Wir sind Menschen, die an gemeinsamen und individuellen Projekten arbeiten; wir sind Professionelle, die ihre Kontakte austauschen und Freunde, die sich an unserem Arbeitsplatz im Zentrum von Buenos Aires treffen, um ein bisschen mehr zu sein als all diese Teile zusammen genommen.“

Die Reportage zeigt Bewohner\_innen die Siedlung 13 de Mayo, im Departamento Itapuá in Paraguay, die in den letzten sechs Jahren 17 Mal geräumt wurde. Doch genauso viele Male sind die Vertriebenen auf ihr Land zurückgekehrt. Die 40 Familien besetzen acht Hektar, die von den Nachkommen von Amado Cano Ortiz beansprucht werden, dem Leibarzt des Diktators Alfredo Stroessner. Der Diktator hatte Ortiz den Landtitel als Dank für seine Treue übereignet. Die Familie Ortiz verpachtet heute das Land für den Anbau von Soja – dem Exportschlager Paraguays. Neben der gewaltsamen Vertreibung der Kleinbäuerinnen und -bauern, hat der Sojaanbau erhebliche Folgen für Gesundheit und Umwelt. Große Mengen toxischer Düngemittel, Herbizide und Pestizide vergiften den Boden und das Wasser. Die Familien von 13 de Mayo versuchen inmitten dieses Ozeans aus Soja zu überleben und ihre traditionellen Anbaumethoden beizubehalten.

Diese und weitere Reportagen der Kooperative sind zu finden unter: <http://sub.coop/>

# DIE LANDFRAGE BLEIBT UNGELÖST

TROTZ ZAHLREICHER LANDREFORMEN HAT SICH AN DER UNGLEICHEN VERTEILUNG DES BODENS IN LATEINAMERIKA BIS HEUTE WENIG GEÄNDERT

**Bereits seit der Kolonialzeit ist die ungleiche Landverteilung in Lateinamerika ein gewichtiges Problem. Eine Reihe von Landreformen im 20. Jahrhundert trugen mehr zur Entstehung und kapitalistischen Modernisierung des Agrobusiness' bei, als dass sie die kleinbäuerliche Landwirtschaft gestärkt haben. Durch neoliberalen Reformen wurde diese seit den 1980er Jahren weiter geschwächt. Doch es gibt Widerstand. Das weltweite kleinbäuerliche Netzwerk La Via Campesina bietet Alternativen zum hochindustrialisierten Agrobusiness an.**

Landwirtschaft ist wieder schwer in Mode. Aufgrund des stetig steigenden Bedarfs an Lebensmitteln und der Begrenztheit der Anbauflächen, verheißt der Agrarsektor auf lange Sicht gute Geschäfte. Regierungen und Unternehmen, Investment- und Pensionsfonds kaufen oder pachten weltweit Ackerland, um das anzubauen, womit gerade Geld zu verdienen ist. Verlierer\_innen des globalen Trends sind die kleinbäuerliche Landwirtschaft, die Umwelt und die eine Milliarde hungernden Menschen weltweit. Vom sogenannten Land Grabbing sind vor allem Länder in Afrika, Asien und Lateinamerika betroffen. Allesamt Regionen, in denen in unterschiedlichem Maße Hunger existiert, also im Jargon der internationalen Organisationen die Ernährungssicherheit nicht garantiert ist.

Ungerechte Strukturen von Landbesitz, die Involverierung internationaler Akteure und die Marginalisierung kleinbäuerlicher Landwirtschaft sind in Lateinamerika alles andere als neu. Seit der Kolonialzeit, der daraus resultierenden Verdrängung indigener Landwirtschaftskonzepte und Enteignungen kommunalen Besitzes, ist die Landfrage

auf dem Kontinent von Bedeutung. Das landwirtschaftliche System der Kolonialzeit, wo die *haciendas* weniger Großgrundbesitzer\_innen einen Großteil des Landes umfassten, überstand die Unabhängigkeit der lateinamerikanischen Staaten relativ unbeschadet. Trotz zahlreicher Versuche, Landreformen durchzuführen, hat sich an der ungleichen Landverteilung bis heute wenig geändert.

Schon im 19. Jahrhundert führte die Agrarfrage zu Konflikten. Den ersten tatsächlichen Einschnitt erlitt das *hacienda*-System aber erst mit der mexikanischen Revolution (1910 bis 1920). Emiliano Zapata führte im Süden Mexikos eine revolutionäre Agrarbewegung an und verteilte Land an jene „die es bearbeiten“. Im Norden konfisierte Pancho Villa ebenfalls große Ländereien und stellte diese unter staatliche Verwaltung. Die vor allem im Süden stattfindende Agrarrevolution wurde letztlich rechtlich in der Verfassung von 1917 kanalisiert. Kernpunkt war Artikel 27, durch den gemeinschaftlich genutztes Land juristisch anerkannt wurde. Diese so genannten *ejidos* durften weder verkauft noch geteilt werden. Die in der Verfassung vorgesehenen Reformen kamen allerdings erst unter der Präsidentschaft von Lázaro Cárdenas (1934 bis 1940) in Fahrt, an deren Ende das Gemeindeland knapp die Hälfte der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche Mexikos ausmachte. Das *hacienda*-System verlor somit erstmals in einem lateinamerikanischen Land die Vormachtstellung. Die Agraroligarchie blieb während der Regierungszeit der Revolutionären Institutionellen Partei (PRI) dennoch politisch einflussreich und sicherte sich staatliche Subventionen und Kredite. Das zweite Beispiel einer bedeutenden Landreform fand ab 1953 in Bolivien statt. Im Rahmen der Revolution wurden massiv Ländereien an

Kleinbäuerinnen und Kleinbauern verteilt. Die traditionellen Landrechte der indigenen Mehrheitsbevölkerung wurden jedoch nicht wieder hergestellt. Vielmehr sorgte die Agrarreform für eine kapitalistische Modernisierung des Agrarsektors, der durch ein wirtschaftlich ineffizientes Feudalsystem geprägt war. Das Latifundium an sich blieb weiterhin bestehen, vor allem im östlichen

wirtschaftlichen Nutzflächen und stellte machtpolitisch einen „Staat im Staate“ dar. 85 Prozent der Ländereien ließ das Unternehmen brach liegen. Ab 1944 enteigneten die sozialdemokratischen Regierungen unter Juan José Arévalo und Jacobo Árbenz insgesamt ein Fünftel des Agrarlandes. Dem zehnjährigen politischen Frühling setzte der Putsch, der logistisch wie finanziell von den USA

Foto: Sub [Cooperativa de fotografos]



Tiefland. Die reine Verteilung von Minifundien blieb aufgrund einer fehlenden weiterführenden Agrarpolitik unzureichend.

Ein weiterer ambitionierter Versuch einer Landreform scheiterte 1954 gewaltsam. In Guatemala besaß die US-amerikanische United Fruit Company (heute Chiquita) in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts etwa 42 Prozent der gesamten land-

unterstützte, ein jähes Ende. Der Agrarreformprozess wurde anschließend rasch umgekehrt, Guatemala leidet bis heute an den Folgen. Die größten Auswirkungen auf die Agraroligarchien des Kontinents hatte im 20. Jahrhundert die kubanische Revolution von 1959, die eine radikale Landreform in Gang setzte. Großgrundbesitz wurde enteignet und Kleinbäuerinnen und -bauern

zur Verfügung gestellt. Um Protesten und Widerstandsbewegungen in anderen Ländern der Region den Wind aus den Segeln zu nehmen und ein Übergreifen der Revolution zu verhindern, machten sich die USA für geordnete Landreformen auf dem Kontinent stark. Im Rahmen der von US-Präsident John F. Kennedy ins Leben gerufenen „Allianz für den Fortschritt“ führten in den 1960er und 1970er Jahren die meisten lateinamerikanischen Länder Agrarreformen durch, wobei sie überwiegend Staatsland verteilt. Zwar konnte der kleinbäuerliche Sektor in einigen Ländern durchaus von den Landverteilungen profitieren, der nachhaltigere Effekt bestand jedoch in einer kapitalistischen Modernisierung der großen Produktionseinheiten. Im Rahmen des *hacienda*-Systems war die Produktivität zuvor gering gewesen, viel Land lag brach. Um Enteignungen zu verhindern, die rechtlich häufig ab einer bestimmten Größe des Latifundiums möglich waren, teilten einige Großgrundbesitzer\_innen ihre Ländereien in mehrere Einheiten unter der Familie auf oder verkauften einen Teil. Es entstand ein zweigeteiltes System aus modernem Agrobusiness und kleinbäuerlicher Landwirtschaft, die zum großen Teil als Subsistenzwirtschaft betrieben wurde.

In den meisten Ländern waren die Agrarreformen darüber hinaus recht oberflächlich. Die weitestgehenden Umverteilungen fanden im 20. Jahrhundert im Rahmen von revolutionären Prozessen statt. In Bolivien und Kuba wurden etwa 80 Prozent des gesamten Agrarlandes umverteilt. In Mexiko, Chile (unter Eduardo Frei und Salvador Allende), Peru (unter dem linken Militär Velasco Alvarado) und später Nicaragua (unter den Sandinist\_innen ab 1979) war es etwa die Hälfte. Zwischen 15 und 25 Prozent des Bodens wurden in Kolumbien, Venezuela, Panama, El Salvador und der Dominikanischen Republik verteilt. In Ecuador, Costa Rica, Honduras und Uruguay und Paraguay waren es noch weniger. In Brasilien kam es erst ab Mitte der 1980er Jahre zu kleineren Umverteilungen, in Argentinien fand hingegen gar keine Landreform statt.

Zwar spielten Bauernbewegungen in vielen dieser Prozesse eine fordernde Rolle und wirkten bei der Ausgestaltung von Landreformen mit. Durchgeführt wurden die in Folge der kubanischen Revolution angeschobenen Reformen aber weitestgehend von Regierungsseite her. Die Agrarfrage konnte letztlich in keinem Land zugunsten

der campesin@s gelöst werden. Weitergehende finanzielle und technische Unterstützung für die Kleinbäuerinnen und Kleinbauern blieb in der Regel aus, nach einigen Jahren konzentrierte sich der Landbesitz wieder zunehmend. Durch den Modernisierungsschub profitierte das Agrobusiness von den Reformen weitaus mehr als der kleinbäuerliche Sektor.

Die neoliberalen Wende, die fast alle Länder des Kontinents in den 1980er und 1990er Jahren erfasste, sorgte für ein vorläufiges Ende der von oben forcierten Landreformen. Ausgehend von Chile, wo die Militärdiktatur nach dem Putsch gegen Salvador Allende bereits in den 1970er Jahren mit neoliberaler Wirtschaftspolitik experimentierte, sollte die Landwirtschaft nun vor allem dazu dienen, exportfähige Waren zu produzieren. Durch den Anbau nicht-traditioneller Agrargüter wie Blumen, Äpfel oder Nüsse sollten gemäß der Theorie des Freihandels komparative Kostenvorteile ausgenutzt werden. Nach der Schuldenkrise Anfang der 1980er Jahre, verordneten der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank und die US-amerikanische Regierung den meisten lateinamerikanischen Ländern Strukturanpassungsprogramme. Die staatliche Unterstützung kleinbäuerlicher Landwirtschaft wurde radikal zurückgefahren. Die gleichzeitig einsetzende Handelsliberalisierung fiel für die Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in ganz Lateinamerika verheerend aus und sorgte für dramatische soziale Folgen. Während ihnen der Zugang zu nordamerikanischen oder europäischen Märkten bis heute weitgehend verschlossen bleibt, konnten sie mit hochsubventionierten Agrarimporten aus dem Ausland nicht konkurrieren. Als Symbol für die neoliberalen Zerstörung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft gilt die Gleichstellung des seit 1917 in der mexikanischen Verfassung verankerten *ejidos* mit Privatland (siehe Artikel von Alke Jenss in diesem Dossier). Um die Auflagen für das Inkrafttretens des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA) zu erfüllen, wurde im Jahr 1992 unter der Präsidentschaft von Carlos Salinas de Gortari der entsprechende Verfassungsartikel 27 aufgehoben, so dass *ejidos* nun geteilt, verkauft, verpachtet oder als Sicherheit bei Krediten verwendet werden konnten. Der neozapatistische Aufstand, der am 1. Januar 1994, dem Tag des Inkrafttretens von NAFTA für Aufsehen sorgte, ist auch in dem Zusammenhang zu sehen.

Unter völlig anderen wirtschaftlichen Vorzeichen als in den 1960er Jahren stieg in den 1990er Jahren die Weltbank in das Thema der Landverteilung ein. Durch die marktgestützte Landreform sollte Brachland aktiviert und ein Markt für Land etabliert werden. Die Idee war, dass unter Vermittlung des Staates willige Verkäufer\_innen und Käufer\_innen zusammengeführt werden. Dafür notwendige Kredite sollten später aus den Erträgen zurückgezahlt werden. Abgesehen davon, dass die guten Böden in der Regel sowieso nicht zum Verkauf standen, hatten Kleinbäuerinnen und -bauern sowie Landlose nichts von dem Konzept. Weder verfügten sie über Kapital noch über die Aussicht, unter den gegebenen neoliberalen Rahmenbedingungen einen Kredit jemals zurückzahlen zu können. Zur gleichen Zeit begann der US-amerikanische Biotech-Konzern Monsanto seinen Siegeszug von gentechnisch veränderten Organismen in Lateinamerika. Argentinien war 1996 das Einfallstor für den Anbau von Gen-Soja in Südamerika. Fast die gesamte in Argentinien angebaute Soja ist heute Monsantos genetisch modifiziertes Roundup Ready, das gegen das gleichnamige hochgiftige Herbizid resistent ist, welches von Monsanto im Gesamtpaket gleich mitgeliefert wird. Dieses vernichtet Unkraut, Insekten und alles weitere außer der Sojapflanze selbst. Als häufigste Folgen des flächendeckenden Pestizideinsatzes sind bei Menschen unter anderem Erbrechen, Durchfall, Allergien, Krebsleiden, Fehlgeburten und Missbildungen sowie gravierende Schäden für die Umwelt dokumentiert. Seit der Einführung von Gen-Soja in Südamerika ist der Einsatz von Herbiziden drastisch gestiegen. Durch industrielle Landwirtschaft und den damit einhergehenden Monokulturen verschlechtert sich zudem die Bodenqualität, wird Wald abgeholt, die Artenvielfalt dezimiert und es gehen traditionelle Anbaumethoden sowie die Vielfältigkeit einheimischen Saatguts verloren.

Um sich gegen den fortwährenden Niedergang der kleinbäuerlichen Landwirtschaft zur Wehr zu setzen, begannen Organisationen von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sowie Landlose, eine eigene Agenda zu verfolgen. 1993 gründete sich mit La Via Campesina (Der bäuerliche Weg) ein weltweiter Zusammenschluss kleinbäuerlicher Organisationen, der in den folgenden Jahren zu einem bedeutenden politischen Akteur aufstieg. Einen großen Anteil an der Entstehung und in-

ternen Entwicklung von La Via Campesina hatte die brasilianische Landlosenbewegung MST, die bereits 1984 gegründet worden war und in Brasilien bis heute Landbesetzungen durchführt. La Via Campesina kritisiert das herrschende Paradigma der Lebensmittelproduktion in seiner ganzen Breite, angefangen bei der Monokultur über industrielle Großlandwirtschaft bis hin zur Biotechnologie. Während internationale Organisationen meist Ernährungssicherheit propagieren, bei der es ausschließlich darum geht, den Menschen Zugang zu Lebensmitteln zu ermöglichen, egal ob diese importiert werden oder nicht, hat das Netzwerk den Begriff der Ernährungssouveränität entwickelt. Dieser zielt auf Lebensmittelproduktion auf lokaler Ebene ab und sieht vor, dass sich Bauern und Bäuerinnen selbstbestimmt und demokratisch für ihre Formen der Produktion und des Konsums entscheiden. Weitere Bestandteile des Konzepts beinhalten eine integrale Landreform, den Verzicht auf Gentechnik oder die Produktion gesunder Lebensmittel.

Im vergangenen Jahrzehnt haben die Ideen von La Via Campesina sogar Anklang bei lateinamerikanischen Linksregierungen gefunden. Das Konzept der Ernährungssouveränität wird in den Verfassungen von Venezuela, Bolivien und Ecuador explizit als Ziel benannt. Auch das Thema Agrarreform wurde in diesen Ländern von Regierungsseite her wieder aufgegriffen, Enteignungen gelten im Gegensatz zur neoliberalen Ära nicht mehr als Tabu. Den teilweise radikalen Diskursen der Regierenden stehen in der Realität allerdings nur geringe Fortschritte gegenüber (siehe Artikel von Börries Nehe zu Bolivien in diesem Dossier). Die Agrarreformen kommen nur schleppend voran und die betroffenen Großgrundbesitzer\_innen und Agrounternehmen wehren sich mit allen Mitteln. So sind etwa in Venezuela im vergangenen Jahrzehnt rund 300 Bauernaktivist\_innen ermordet worden. Die in der Justiz verbreitete Korruption und fehlender politischer Wille verhindern fast immer strafrechtliche Konsequenzen. Auch die linken Regierungen in Lateinamerika halten zudem grundsätzlich an einem extraktivistischen, auf höchstmögliche Ausbeutung von Rohstoffen und Land gerichteten Wirtschaftsmodell fest. Die Rahmenbedingungen für Landreformen haben sich in den letzten beiden Jahrzehnten zunehmend verschlechtert. Anstelle der einheimischen, mitunter physisch präsenten Großgrundbesitz-

zer\_innen treten nun häufig Unternehmen des Agrobusiness und international tätige Investmentgesellschaften mit teils undurchsichtigen Besitzstrukturen. Internationale Freihandelsverträge und bilaterale Investitionsschutzabkommen erschweren Enteignungen, indem sie hohe und kostspielige Hürden errichten. Die Höhe der bei Enteignungen zu zahlenden „angemessenen“ Entschädigungen liegt in der Regel deutlich über dem Niveau, das nach jeweiligem Landesrecht beziehungsweise den finanziellen Möglichkeiten einer Regierung möglich wäre.

Die Agrarfrage in Lateinamerika ist auch heute nach wie vor ungelöst. Noch immer ist Lateinamerika die Region mit der ungleichsten Landverteilung weltweit. Ein modernes Agrobusiness, das kaum Leute beschäftigt, steht einem marginalisierten kleinbäuerlichen Sektor gegenüber. Dieser gilt in Entwicklungsdebatten häufig als anachronistisch, obwohl er für die Ernährungssicherheit und -souveränität unabdingbar ist. In vielen Ländern

hat die kleinbäuerliche Landwirtschaft vor der politisch übergestülpten Handelsliberalisierung einen Großteil der Lebensmittel produziert, die heute importiert werden. Die Landbevölkerung lebt in allen Ländern Lateinamerikas in relativer und häufig auch absoluter Armut. Zudem werden zahlreiche Landkonflikte gewaltsam ausgetragen. Soja- und Ölpalmanbau sorgen für Vertreibungen in Ländern wie Kolumbien, Honduras, Paraguay oder Brasilien. Auch wenn Landreformen alleine nicht ausreichen, sind sie zumindest Grundbedingung, um den kleinbäuerlichen Sektor zu stärken und mehr Menschen ein Auskommen und Nahrung zu ermöglichen. Die bäuerlichen sozialen Bewegungen gewinnen an Stärke. Doch sie stehen einem kapitalistisch-industriellen Agrobusiness gegenüber, das weltweit agiert und hochprofitabel wirtschaftet. Würden die Folgekosten für Umwelt und Gesundheit mit einberechnet, sähe es hingegen anders aus.

// Tobias Lambert



Foto: Sub i [Cooperativa de fotógrafos]

# MILPA-MENSCHEN

ESSAY ÜBER EINE TRADITIONELLE ANBAUWEISE AUS ZENTRALAMERIKA





**Es ist keineswegs zwangsläufig, dass Landwirtschaft industriell und in Monokultur betrieben werden muss. In Lateinamerika gibt es traditionelle Konzepte, die zunehmend verdrängt werden. In dem dokumentierten Essay, dass zuerst im *Jahrbuch Lateinamerika* erschienen ist, stellt der mexikanische Agrarsoziologe und Anthropologe Armando Bartra die *milpa* vor. Bei dieser Anbauweise aus Zentralamerika bildet Mais typischerweise mit Bohnen, Kürbis, Chili und anderen Spezies eine Symbiose.**

Mehr noch als „Maismenschen“ sind wir Mesoamerikaner wohl „Milpa-Menschen“ [...]. Strenggenommen bauen wir nicht einfach Mais an, sondern bestellen die *milpa*, in all der in sich verwobenen Vielfalt, die dies mit sich bringt. Die *milpa* und all das, was mit ihr verbunden ist, die Gaben, der Schweiß und das Wissen, ist der Ursprung unserer vielfarbigen Kultur. Nicht nur der ländlichen, auch der urbanen Kultur; denn was ein Volk ausmacht, ist, was die Menschen pflanzen und ernten, was sie essen und trinken, die Lieder, die sie singen, die Tänze, die sie tanzen, die Trauer, die sie tragen, und die Feste, die sie feiern. Der Mais steht nicht gern allein; ginge es nach ihm, so wäre er stets in großer, gemischter und lebhafter Gesellschaft vielerlei Gemüsesorten. Eine traditionelle *milpa* ist eine Polykultur, wo in geschwisterlicher Symbiose bis zu 50 Spezies zusammenstehen. Manche werden gepflanzt, andere gepflegt und wieder andere geduldet. Seine häufigste Gesellschaft sind Bohne, Kürbis und Chili, sie sind das Herz nahezu aller gemischten Pflanzungen. Der Mais stützt die Bohnenpflanze. Diese wiederum erweist ihm ihre Dankbarkeit, indem sie dem Boden den Stickstoff zurückgibt, die der Mais für seinen Stamm benötigt. Die Kürbispflanze verdrängt Unkräuter und wahrt mit ihren großen Blättern die Feuchtigkeit des Bodens, die Chili hält schädliche Insekten fern. Auf diese Weise tragen auch Tomatillopflanze, Erdnuss und der brokkoliähnliche Huauzontle ihren Teil bei, ebenso Knollengewächse wie Süßkartoffel, Yucca oder Kartoffel, und vielfältige Gewürz- und medizinische Pflanzen, mexikanische Petersilie und Rosmarin. *Milpas*, von Agaven und Feigenkaktuspflanzen umsäumt sowie von Aprikosenbäumen und Wildkirschen bewacht, die Schatten spenden und mit ihren Früchten die Arbeitspausen

versüßen. Saatfelder, auf denen Tuza-Ratten und Waschbären gejagt, Pilze, Agavenwürmer und Grashüpfer gesammelt werden.

Das Maisfeld ist ein gemeinschaftlicher Ort: Es ist Stätte – erlaubter wie unerlaubter – romantischer Verabredungen sowie Platz für Feiern und Arbeitstreffen mit Nachbarn und Verwandten. Und die *milpa* erzählt Geschichten: kosmogonische Mythen und Legenden, allerlei Erzählungen und Lehrstücke.

Die Ergänzung zur *milpa* ist der Gemüsegarten. Je nach Geschmack und Region liefert er Zapotes, Guayaba, Avocados, Mameyes, Bananen oder Cashewfrüchte, hier wird Honig geerntet, Wachs gewonnen und Feuerholz gesammelt.

Schließlich darf das Gemüsebeet nicht fehlen, in dem Chili, Zwiebel, Tomaten und Chilacayotes gezogen werden, außerdem benachbarte Gemüsesorten wie Knoblauch, Salat, Kohl und Rettich. Nicht zu vergessen Kräuter, die Geschmack verleihen, Duftkräuter und medizinische Kräuter sowie schließlich Blumen. Dazwischen: Hühner, Truthähne, Schweine – eingezäunt oder frei herumlaufend, ein Pferch mit Ziegen und Lämmern und vielleicht ein Ochse, eine Kuh, ein Esel, ein Pferd. Diese gemischte Nutzung ist überliefert, wir finden sie beispielsweise im 18-monatigen Kalender der alten Chiapaneken, in dem sich einige Namen auf die genannten Nahrungsmittel beziehen. So zum Beispiel *Numaha ñumbi*: wenn die Agave gepflanzt wird (24. Juni), *Numaha mundju*: wenn Chili gepflanzt wird (23. August), *Numaha puri*: die Cashewfrucht wird reif (31. März).

Die harmonische Vielfalt der *milpa* – typisch für die traditionelle Subsistenzstrategie Mesoamerikas, deren materielles und symbolisches Zentrum der Mais ist – erhält ein agrarisches und soziokulturelles Paradigma aufrecht. Es unterscheidet sich von dem, welches sich auf Grundlage anderer Anbauweisen entwickelt hat: Efraim Hernández Xolocotzi schildert, dass sich vor rund elf Millionen Jahren im Nahen Osten eine „Jahreszeiten-Landwirtschaft entwickelte, die (typisch für die humiden gemäßigten Zonen und die semihumiden Zonen der Erde) vor allem auf kleineren Getreidesorten basiert, die per Breitsaat gepflanzt werden“.

In Mesoamerika hingegen hat die Landwirtschaft ihren Ursprung in subhumiden und semiariden Zonen, wo verschiedene Arten in den Nischen mit der höchsten Feuchtigkeit angebaut wurden.

Deshalb werden „in Mesoamerika die Pflanzen einzeln behandelt, hier richtet sich die Aufmerksamkeit mehr auf das einzelne Gewächs als auf das gesamte Feld, wie es bei kleineren Getreidesorten der Fall ist“. Problematisch ist dabei, dass mit dem Eurozentrismus die auf dem „alten Kontinent“ verbreitete Anbauweise zum weltweiten Modell par excellence erklärt worden ist. So musste sich der „neue Kontinent“ anpassen. „Heute herrscht jenes Verständnis von Landwirtschaft vor, das sich in den gemäßigten Zonen entwickelt hat“, schreibt César Carillo in einem Essay zu indigenem Wissen.

Der Anbau von Hartgetreiden wie Weizen und Hafer in Monokulturen erfordert relativ wenig Pflege. Die Aufzucht von Mais hingegen ist sehr viel arbeitsaufwändiger. Zum einen werden im wechselwirtschaftlichen Anbausystem der *milpa* die Samen mit viel Sorgfalt in zehn oder 15 Zentimeter tiefe Löcher gelegt, die erst mit der Hacke gegraben werden müssen. Zudem wird, da es sich ja um eine Polykultur handelt, nicht nur ein Samenkorn gepflanzt, sondern jeweils drei oder vier Maissamen und ein oder zwei Bohnen-, manchmal auch Kürbissamen. „Die traditionelle Anbauweise“, schreibt Carillo, bringt einen höheren Ertrag pro bepflanzter Einheit, anders als beim gepflügten Feld, bei dem ein höherer Ertrag im Verhältnis von Arbeitskraft und Zeit erzielt wird, was eine ganz andere wirtschaftliche und soziale Logik mit sich bringt.“

Ein Weizenfeld ist ein Weizenfeld. Das Maisfeld hingegen ist in all seiner Bedeutung nicht einfach ein Maisfeld, sondern eine *milpa*. Dieser Unterschied markiert einen Kontrast in den Zivilisationen Europas und Mesoamerikas. Die Anbauweise der *milpa* „ähnelt eher dem Gartenbau und spielt eine wesentliche Rolle in der Entwicklung eines bestimmten Weltbildes in Mesoamerika“, so Carillo. Alle Gesellschaften sind im Grunde agrarische Gesellschaften und beruhen auf einem spezifischen, mehr oder weniger nachhaltigen Stoffwechsel, dem Austausch von Natur und Gesellschaft. Unser Umgang mit Mutter Natur bestimmt unsere zivilisatorische Gesinnung. Alfredo López Austin schreibt über Mesoamerika: „Um den agrarischen Kern der Kosmovision herum hat sich Anderes entwickelt [...] doch die grundsätzlichen Prinzipien, die zugrundeliegende Logik der Komplexität hatte ihre Wurzeln immer in der landwirtschaftlichen Arbeit“.

„Jahrhundertelang und noch heute“, so schreibt Guillermo Bonfil, „verläuft die Geschichte des Mais in diesem Teil der Erde parallel zur Geschichte des Menschen“. Wir sind jedoch nicht allein aufgrund unserer Geschichte Menschen der *milpa*. Die Vielfalt ist das Leitprinzip der Anbauweise wie auch der Lebenweise in Mesoamerika. Deshalb ist der Mais das Symbol und Emblem, die *milpa* hingegen das Paradigma, sie ist das Modell für

Produktion von 20 Millionen Tonnen weißem Mais ist Mexiko eigentlich noch immer Selbstversorger. Doch bei genauerem Hinsehen sind die Ernten, die gestiegen sind, eben die aus den nordwestlichen Anbaugebieten in Sinaloa, bewässerte Anbauflächen mit intensivem Einsatz von Düngemitteln und hohen Erträgen, die zudem Subventionen in Anspruch nehmen. So ist der Mais zum Agrargeschäft geworden, während die kleinbäuerliche *milpa*-Pro-



Foto: Sub [Cooperativa de Fotógrafos]

unsere Art, Landwirtschaft zu betreiben und für unsere Art zu leben. Uns Mesoamerikaner vereint die Vielfalt, unsere Identität liegt in der Pluralität. Doch es gibt keine *milpa* ohne Huítacoches. Huítacoche ist ein Pilz, der die Maispflanzen befällt, aber auch als Delikatesse gegessen wird. Und so wurde in den vergangenen zehn Jahren die historische Grundlage unserer Identität zur Disposition gestellt. Asien wäre undenkbar ohne Reis, Europa undenkbar ohne Weizen, so wie Mesoamerika undenkbar ist ohne Mais – dabei müssen wir ihn heute importieren. Mit einer durchschnittlichen

Produktion zurückging. Außerdem gilt die Selbstversorgung nur für den weißen Mais, während wir jedes Jahr durchschnittlich sieben Millionen Tonnen gelben Mais aus den USA für industrielle Nutzung und als Futtermittel importieren. Während auf dem Weltmarkt Knaptheit und Preissteigerungen herrschen, wird subventionierter weißer Mais exportiert, als Ersatz für gelben Mais ans Vieh verfüttert und das Ganze aus Spekulationsinteressen verschleiert. So müssen wir trotz Selbstversorgung und Überschussproduktion von Mais teuren, zum Teil gentechnisch veränderten gelben Mais im Aus-



Foto: Sub [Cooperativa de fotógrafos]

land kaufen, um den Bedarf für unsere Tortillas zu decken. Wir importieren also jährlich Nahrungsmittel im Wert von mehr als Hunderttausend Millionen Peso, darunter ein Viertel der Gesamtmenge an Mais, die im Land konsumiert wird.

Wie konnte es soweit kommen? Die Antwort ist so einfach wie alarmierend: Seit den 1980er Jahren hat die Regierung freiwillig und im Namen der „komparativen Kostenvorteile“ auf die Ernährungssouveränität des Landes verzichtet – ein Paradigma, demzufolge es besser ist, Mexikaner zu exportieren und Nahrungsmittel zu importieren, als die Bauern beim Anbau hierzulande zu unterstützen. Das Ergebnis sind Nahrungsmittelabhängigkeit und Migration.

Mais ist Identität, weil er Lebensgrundlage der Armen war und ist, Hauptnahrungsmittel der Mehrheit der Mexikaner. In *Nuevo cocinero mexicano*, einem zum ersten Mal 1831 veröffentlichten Kochbuch, wird der Mais als „indigene Pflanze ... des amerikanischen Bodens definiert ..., welche von den Armen angebaut und genutzt wird, die in seiner Frucht ein gesundes, geschmackvolles und erschwingliches Nahrungsmittel gefunden haben.“ Nichtsdestotrotz wird dann festgestellt, dass „dieser Zweig in der Industrie in Geringsschätzung der Armen stark vernachlässigt worden ist.“ Wenn der Mais damals und heute eine so große Bedeutung besitzt, warum war und ist dann die industrielle Maisproduktion ein vernachlässigter Zweig?

Einer von vielen Gründen dafür liegt darin, dass Mais die Nahrung der Erben der ursprünglichen mesoamerikanischen Kulturen ist. Der Mais in seiner traditionellen Zubereitung ist das Essen der Indigenen, der Bauern, des Pöbel. Die Kreolen und ihre Nachkommen, die die indigene Bevölkerung verachteten, verachteten auch das Korn, das diese ernährte. Der Mais ist also aus rassistischen Beweggründen übergangen worden. Die rassistische Herabwürdigung des Mais und der einfachen Mexikaner zeigt sich in Zeiten der Agrarkrise, wenn die Ernten sinken, sehr deutlich. In diesen Phasen stehen sich meist zwei Positionen gegenüber: Jene, die – aus Gründen der Wirtschaftlichkeit, der sozialen Gerechtigkeit und zur Wahrung der Kultur – hervorheben, dass die bäuerliche Maisproduktion wieder gestärkt werden müsse. Und jene, die das Problem auf eine Frage des Marktes reduzieren und deshalb auf die Einfuhr und in jedem Fall auf eine intensive und unternehmerisch gesteuerte Maisproduktion setzen. Die Reaktionen auf die Stagnation der Maisproduktion während der 1970er Jahre – eine Krise, die eine lange Zeit der Selbstversorgung beendete und mit wachsenden Importen ausgeglichen werden musste – veranschaulichen diese Konfrontation. Die Begrifflichkeiten sind in den vergangenen dreißig Jahren weitgehend gleich geblieben.

1982 schrieb das Museo Nacional de Culturas Populares: „Um den Teufelskreis der Abhängigkeit

zu durchbrechen, müssen wir eine Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln erreichen. Dafür ist eine Möglichkeit, auf nationaler Ebene eine Situation wie in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu schaffen, nämlich die Produktion von Grundnahrungsmitteln den transnationalen Firmen und ihren internen Verbündeten zu überlassen. Dies impliziert, dass der Staat ihnen große Subventionen gewähren muss, um hohe Gewinnraten zu sichern. [...] Die andere Möglichkeit ist, den Kampf um Land und um die Autonomie der landwirtschaftlichen Produktion zu unterstützen, die Forderungen der Kleinbauern nach besseren Preisen für ihre Produkte und die Forderung, einen Großteil der Ernte behalten zu können, um ihre Subsistenz und Entwicklung zu sichern.“

Es ist kein Zufall, dass die Formel „*Sin maíz no hay país*“ („Ohne Mais gibt es kein Land“) zum Motto der jüngeren Initiativen von Produzenten und Verbraucher geworden ist. Die Verteidigung der *milpa* und der bäuerlichen Produktion von Mais, Bohnen und anderen Grundnahrungsmitteln ist ein Kampf gegen Hunger und Exodus, ein Kampf um die Souveränität über Ernährung und Arbeit.

Es geht bei diesem Kampf zudem um die Bewahrung kultureller Pluralität und biologischer Diversität. Das Wertvollste am Mais ist seine Vielfalt: die fast 300 Varianten einer domestizierten Pflanze, die sich in unterschiedlichen agro-ökologischen Verhältnissen entwickelt hat. Doch heute werden kaum noch 30 Sorten angebaut. Die Vielfalt geht auch mit dem Vormarsch der technologischen Spezialisierung verloren.

Kleinbauern sind heute in den Asymmetrien des Marktes gefangen – besonders in der Perversität eines technologischen Modells, das sie zwingt, immer höhere Dosen chemischer Düngemittel einzusetzen, die scheinbar Fruchtbarkeit bringen, die Böden aber auslaugen. Es ist ein Modell, das den Einsatz von Herbiziden fordert, die verschiedene Lebensformen zerstören und die Böden und das Grundwasser vergiften und die Bauern und Verbraucher krank machen. Auf einer *milpa*, auf der das Düngemittel Gramoxone gesprüht wird, können keine Bohnen und Kürbispflanzen wachsen, es entsteht eine kahle *milpa*, anfällig für Plagen. Dieses Feld wird jeden Tag teurer, weil seine Ernte die Ausgaben nicht mehr einbringt.

Das Paradigma der kleinbäuerlichen Produktion wird schon seit einem halben Jahrhundert durch

eine „Grüne Revolution“ bedroht. Und es wird den Todesstoß erhalten, wenn wir nicht rechtzeitig die Bedrohung durch gentechnisch verändertes Saatgut abwenden, eine Technologie, die wieder die Abhängigkeit von der Produktion der transnationalen Unternehmen fördert, dabei jedoch die biologische Diversität aus dem Innern heraus, nämlich durch das eigene Germoplasma bedroht. Mitunter gibt es Abhilfe gegen die Abhängigkeit von Düngemitteln, doch um sie zu überwinden, braucht es Willensstärke und Arbeitskraft. Manche Kleinbauern haben die Willenskraft, nicht aber die Arbeitskraft, denn die Migration hat dazu geführt, dass es seit Jahren in vielen Dörfern kaum noch verfügbare Arbeitskräfte gibt. So wurde es zur kleinbäuerlichen Strategie, auch kleine Parzellen für den Eigenverbrauch unter Einsatz von Düngemitteln mit der geringstmöglichen Arbeitskraft zu bewirtschaften – ein Weg, der nicht nachhaltig, aber zumindest eine Zeit lang den Bedingungen der Migration angepasst ist: Diese verteilt zwar die Arbeitskraft, bringt aber Geldüberweisungen, die solche Investitionen ermöglichen.

Den Mais zu retten, bedeutet aber, die *milpa* wieder als Modell einer nachhaltigen Landwirtschaft zu etablieren, die auf einer vielfältigen Anbauweise basiert und kulturelle Pluralität erhält. Dieser Aufgabe haben sich soziale und zivilgesellschaftliche Organisationen verschrieben, als sie 2007 eine Kampagne zur Rettung der ländlichen Regionen begannen, die mit dem Slogan „Ohne Mais kein Land“ überschrieben war. Mit der Kampagne war der Mais in aller Munde, sie wurde zu einer weiteren Form, die *milpa* zu bestellen: eine Begegnung von Menschen, denen es gelang, ihre Unterschiedlichkeit in eine Tugend umzuwandeln. Menschen aus dem Norden, dem Süden, von der Küste, den Wäldern und der Hochebene; Maisbauern, Kaffebauern, Viehzüchter, Fischer, Interessenverbände und zivilgesellschaftliche Gruppierungen; Produzenten und Konsumenten: In dieser Kampagne war alles vertreten, wie in einem Tante-Emma-Laden. Oder eben: wie auf der *milpa*.

// Armando Bartra  
// Übersetzung: Annette Nana Heidhues

Der Artikel ist ein Nachdruck aus: Karin Gabbert, Michael Krämer, et.al. (Hg.): *ÜberLebensmittel*. Jahrbuch Lateinamerika, Analysen und Berichte, Nr. 33, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2009. Er wurde leicht gekürzt und bearbeitet.

# HUNDERT JAHRE VERGEBLICHKEIT

IN MEXIKO HAT DIE MARKTORIENTIERTE „LANDREFORM“ DER WELTBANK GEMEINSCHAFTLICHE FORMEN DES LANDBESITZES ERSETZT

**Nach dem Sieg der Revolution etablierte sich in Mexiko das *ejido*-System, das der armen Landbevölkerung Zugang zu gemeinschaftlichem Land ermöglichte. Seit Anfang der 1990er Jahre setzt Mexikos Regierung mit Unterstützung der Weltbank auf die „Modernisierung“ der Entwicklungsstrategie: Über Privatbesitz soll ein dynamischer Markt entstehen. Doch der kleinbäuerlichen Landwirtschaft geht es so schlecht wie lange nicht.**

„Tierra y Libertad“ („Land und Freiheit“) lautete die zentrale Forderung, für die Hunderttausende mexikanische Landlose, Kleinbauern und Kleinbäuerinnen vor hundert Jahren in die Revolution (1910 bis 1920) zogen. Obwohl das daraus entstandene politische System keinesfalls zu einer gerechten Landverteilung führte, brachte die Revolution immerhin die Stärkung des *ejido*-Systems und somit Landzugang für einen großen Teil der mexikanischen Landbevölkerung mit sich. Dabei ist das *ejido* keine Erfindung der Mexikanischen Revolution, sondern eine juristische Figur aus der Kolonialzeit, als indigenen Bäuerinnen und Bauern sowie Siedler\_innen kleine Landparzellen zugestanden und in lokale Verwaltung gegeben wurden. Ursprünglich bezeichnete *ejido* in Spanien Gemeindeflächen außerhalb des Ortes.

Im (post-)revolutionären Mexiko galt *ejido*-Land als Teil des „sozialen Landsektors“, es blieb im staatlichen Besitz und wurde den Nutzer\_innen, den *ejidatarios*, zur zeitlich unbegrenzten gemeinschaftlichen Nutzung überlassen. Durch seine Unverkäuflichkeit war es den kapitalistischen Warenkreisläufen über den Handel mit Landflächen in gewisser Weise entzogen. Die bis heute gültige Verfassung von 1917 schrieb in Artikel 27 die Form des *ejido* als gemeinschaftlichen Landbesitz

fest. Dabei hatte die Revolution nicht sofort einen grundlegenden Wandel in der Struktur des Landbesitzes gebracht, wie die revolutionären Bauernbewegungen um Emiliano Zapata und andere lokale Anführer damals immer wieder gefordert hatten. Erst unter der Präsidentschaft von Lázaro Cárdenas (1934 bis 1940) kam es mit der Verteilung von 11.347 *ejidos*, einer Fläche von etwa 20 Millionen Hektar, zu einer deutlichen Verbesserung der Lebensbedingungen vieler Menschen auf dem Land.

Wirklich kollektiv gewirtschaftet, wie von Cárdenas angedacht, wurde allerdings nur in einer Minderheit der *ejidos* und regional sehr unterschiedlich. Der Großteil der *ejido*-Familien bebauten jeweils eine kleine Parzelle, während politische Partizipation und Konfliktlösungen über die *ejido*-Verwaltung als lokaler Organisationseinheit funktionierten. In der offiziellen Revolutionsrhetorik spielten die *ejido*-Wirtschaft und die Vorstellungen über das ländliche Mexiko eine wichtige Rolle – und durch die Organisation der *ejidos* fungierten diese auch als ländliche Unterstützungsbasis der Revolutionären Institutionellen Partei (PRI), die Jahrzehntelang quasi als Staatspartei regierte.

Es sollte nicht aus dem Blick geraten: Über Jahrzehnte hatte Mexiko eine weit gerechtere Landverteilung als die meisten anderen lateinamerikanischen Länder. Dennoch waren die Phasen in der mexikanischen Geschichte nur kurz, in denen die Agrarpolitik dem Revolutionsmythos annähernd gerecht wurde. Staatliche Unterstützung war fast immer auf Agrarunternehmen gerichtet, die eine „moderne“ technisierte Landwirtschaft betrieben. Der *ejido*-Sektor und der kleinbäuerliche Landbesitz mit Parzellen von unter fünf Hektar beschäftigten noch in den 1960er Jahren 70 Prozent der ländlichen Arbeitskräfte, bekamen aber nur 38

Prozent der Agrarinvestitionen ab. Die ländliche Armut war (und ist) groß. Häufig reichte das, was eine Familie über die *ejido*-Parzelle erwirtschaften konnte, nicht zum Leben und musste doch wieder durch die Arbeit auf großen *haciendas* aufgebessert werden. Die alten Abhängigkeitsverhältnisse blieben also oft bestehen; häufig behielten die *hacendados* die produktivsten Ländereien und das Monopol auf Infrastruktur und Weiterverarbeitung, etwa in der Zuckerindustrie. Neue Abhängigkeitsverhältnisse gegenüber der PRI

hatten, verlor das *ejido*-System kontinuierlich an staatlicher Unterstützung. 1992 war für die mexikanischen Bäuerinnen und Bauern sowie alle Landlosen das entscheidende Jahr, als Präsident Salinas de Gortari die Veränderung des Artikels 27 der Verfassung durchsetzte: *ejido*-Land war ab sofort nicht mehr unverkäuflich und die Verteilung von Land wurde für endgültig beendet erklärt – obwohl das Ministerium für Agrarreform bis heute existiert. Umgesetzt wurde die Verfassungsänderung über Programme, welche die



Foto: Sub [Cooperativa de fotógrafos]

kamen hinzu. Immer wieder wurde das Ende der Landverteilung verkündet. Der letzte größere Versuch der Landverteilung fand Anfang der 1970er Jahre statt, als der Nahrungsmittelbedarf des Landes längst wieder teilweise mit Importen gedeckt werden musste: Unter Präsident Echeverría (1970 bis 1976) wurden noch einmal circa sechs Millionen Hektar Land verteilt.

Vor allem im Zuge der radikalen Liberalisierungspolitik, die der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank dem mexikanischen Staat seit Ausbruch der Schuldenkrise 1982 verordnet

Weltbank mit entworfen hatte: Entscheidend war dabei das Programm PROCEDE, das vor allem Parzellen registrieren und zertifizieren, Rechte auf die Nutzung von Gemeindeland festlegen und individuelle Besitztitel festschreiben sollte.

In den von der Weltbank vorangetriebenen marktgestützten Landreformen der 1990er Jahre, die laut Plan auch in Brasilien, Südafrika oder Kolumbien zu ländlichem Wohlstand verhelfen sollten, spielte die geregelte Enteignung ungenutzter Flächen in Privatbesitz, wie sie in früheren Initiativen zur Landreform immer mitdiskutiert – seltener

durchgesetzt – worden waren, keine Rolle mehr: Die Umverteilung von Land sollte über Kauf und Verkauf von Parzellen auf freiwilliger Basis geschehen und so einen dynamischen Markt für Land erzeugen. Denn ein Grund für die ländliche Armut, so sah es die Weltbank, wäre eben das Fehlen dieses dynamischen Marktes, der für eine ausgeglichener Verteilung des Landbesitzes und eine höhere Produktivität des bewirtschafteten Landes sorgen würde.

Für die *ejidatarios* bedeuteten die individuellen Besitztitel vor allem eine Privatisierung gemeinsam verwalteten Landes. Die Verfassungsänderung stellte die Idee des „sozialen Landsektors“ auf den Kopf: „In diesem Gesetz gibt es keine rechtliche Grundlage für soziale Modelle des Landbesitzes“, lautete eine weit verbreitete Kritik Anfang der 1990er Jahre. Dennoch: Mit 84 Prozent hat der Großteil der *ejidatarios* und gemeinschaftlich Wirtschaftenden am Prozess der Zertifizierung über PROCEDE teilgenommen – wenn auch nur 65,7 Prozent der *ejido*-Flächen zertifiziert wurden. Besonders größere und in Oaxaca viele kollektiv bewirtschaftete *ejidos* (*tierras comunales*) nahmen nicht am Programm teil, um den kollektiven Besitz zu bewahren. Gleichzeitig ist es offensichtlich über PROCEDE nicht gelungen, Besitztitel vollständig festzuschreiben; Konflikte über die Begrenzungen von *ejido*-Land sind heute

an der Tagesordnung. Laut Ana de Ita, eine der wenigen Autor\_innen, die zu Landkonzentration nach der Reform arbeiten, haben gerade mal 0,43 Prozent der *ejidatarios* vollständigen Privatbesitz aus ihrem Land gemacht. De Ita vermutet diejenigen vor allem am Rand von Städten, in der Hoffnung, ihre Parzellen teurer verkaufen zu können. Die Zurückhaltung bei der Nachfrage nach Besitztiteln versuchte die Weltbank damit zu erklären, dass auf privates Land Steuern erhoben würden. Deren Autoren\_innen, die offensichtlich nicht begreifen können, wieso gerade in Oaxaca, Guerrero und Chiapas – Bundesstaaten mit einer großen indigenen Bevölkerung – die Akzeptanz von PROCEDE sowie der Privatisierung kleiner und kleinster Parzellen so gering war, schreiben in einem Bericht von 2001: „Es gibt, wenn überhaupt, kaum Unterschiede zwischen zertifizierten *ejidos* mit großer indigener Bevölkerung und denen in nicht-indigenen Gemeinden. [...] Die zögerliche Annahme von PROCEDE in indigenen Gemeinden ist auf Konflikte, Ungleichheiten im Zugang zu Land und Ressourcen, und das fehlende Humankapital und wirtschaftliche Potential zurückzuführen.“ Wie radikal der Wandel für viele kollektiv wirtschaftende Gemeinden gewirkt haben muss, wird aber dann deutlich, wenn Land nicht nur als *tierra*, als zu bewirtschaftendes Gut, sondern auch als *territorio* verstanden wird, ein Raum, der als zentraler



Foto: Sub [Cooperativa de fotógrafos]

Bezugspunkt des Gemeindelebens Identität birgt. Land in Kollektivbesitz ist häufig in langen Kämpfen errungen worden und funktioniert auch als soziales Netz. Die meisten zusätzlichen Aktivitäten richten sich auf den lokalen Konsum und Verkauf, als Nebenquelle für Einkünfte. Die gesellschaftliche Rolle von Land geht weit über ein einfaches Produktionsmittel hinaus.

Im Grunde gibt es zwei Sichtweisen zur Bedeutsamkeit der Änderung des Artikels 27. Die eine lautet, diese habe nur eine Entwicklung fort- und festgeschrieben, die bereits seit den 1960er Jahren die *ejidos* immer schlechter gestellt habe. Zudem sei *ejido*-Land schon seit Jahrzehnten illegal verpachtet worden. Gleichzeitig ist aber beispielsweise aus zapatistischen Gemeinden in Chiapas zu hören, dass die Verfassungsänderung durchaus als entscheidender Schnitt begriffen wurde, und die Angst ihr gemeinschaftlich bewirtschaftetes Land zu verlieren, ein wesentlicher Grund für den Aufstand 1994 war. So äußerte Subcomandante Marcos in jenem Jahr gegenüber der Zeitung *La Jornada*: „Als die Regierung die brillante Idee hatte, den Artikel 27 zu reformieren, wurde das zu einem mächtigen Katalysator in den Gemeinden. Diese Reformen haben jede legale Möglichkeit untergraben, zu Land zu kommen“. Die Auswirkungen waren also unterschiedlich, je nachdem, inwieweit die *ejido*-Wirtschaft in der Region wirklich umgesetzt worden war – und wie viele Landlose dort lebten. Denn mit dem endgültigen Stopp der Verteilung von *ejido*-Land gab der Staat auch das letzte Bemühen auf, den demografischen Veränderungen gerecht zu werden. So wuchs die mexikanische Bevölkerung von knapp 20 Millionen im Jahr 1940 bis 1990 auf über 80 Millionen (heute circa 112 Millionen).

Vor allem aber hat das Zusammenspiel mit den Konsequenzen des Nordamerikanischen Freihandelsvertrags NAFTA, der 1994 in Kraft trat, die Bedingungen für Landbesitz nachhaltig verändert. Nämlich die Tatsache, dass kaum eine mexikanische Kleinbauernfamilie noch vom Anbau von Mais und Bohnen für den mexikanischen Markt überleben kann, weil dieser von Mais aus industrieller US-Produktion verdrängt wurde. Zudem öffnete die Regierung den *ejido*-Sektor seit den 1980er Jahren sukzessive für ausländische Direktinvestitionen: Joint Ventures sollten zwischen *ejidatarios* und Privatwirtschaft entstehen. Mit dem industriellen Anbau etwa von Ölpalmen für Agro-

sprit in Chiapas ergeben sich damit auch im Süden Mexikos ganz neue Räume für Investitionen. Das mexikanische Aktionsnetz gegen den Freihandel RMALC weist darauf hin, dass heute zwar nicht der Verkauf, aber die Verpachtung von *ejido*-Land sehr weit verbreitet ist. „Leute, die von den Erträgen der kleinen *ejido*-Parzellen nicht mehr leben können, wandern aus und verpachten teilweise an Unternehmen. Die Pacht ist meistens lächerlich gering“, so ein Sprecher. Für die Agrarunternehmen scheint dies der günstigste Weg zu Land zu sein; wer an sie verpachtet, bekommt die Böden, wenn überhaupt, meist ausgelaugt zurück. Obwohl also die meisten Kleinbäuerinnen und Kleinbauern ihr Land nicht verkauft haben, sorgten diese Faktoren dafür, dass viele ihr Land verlassen haben. Sie gehören zu den Hunderttausenden Migrant\_innen, die „auf der anderen Seite“ des Zauns, in den USA, zum Beispiel als Tagelöhner\_innen in der Ernte arbeiten.

Unterstützungs-Programme für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern gibt es kaum. Zwar wurde als cash-transfer-Programm für mexikanische Landwirt\_innen das Programm Procampo eingeführt, das die erwarteten Einkommensverluste durch NAFTA abfedern sollte. Doch Subventionen und staatliche Hilfen konzentrieren sich meist in den oberen Einkommensschichten und im kommerziellen Anbau. Die liberalen Strukturpassungsprogramme hatten als ein zentrales Element in Mexiko nicht nur die „Klärung“ privater Eigentumsrechte. Mit ihnen wurden auch die speziell für den ländlichen und *ejido*-Bereich gedachten Kreditinstitute „verschlankt“ oder abgebaut. Ohnehin schwindet nicht nur die wirtschaftliche Grundlage; auch wenn das Land anderweitig genutzt werden soll, müssen die Leute gehen: „Überall werden Leute enteignet, sei es über geringe Entschädigungszahlungen oder über Drohungen und Repression und sogar grupos de choque (bezahlte Schlägerbanden; Anm. d. Red.), vor allem dort, wo Bergbau eine Rolle spielt oder Staudämme gebaut werden sollen“, so ein Sprecher der Mexikanischen Liga für Menschenrechte. So setzen sich Privatisierung und Konzentration von Landbesitz langsam wieder durch. Und hundert Jahre, nachdem sich die arme Landbevölkerung für „Land und Freiheit“ der Revolution anschloss, ist diese Forderung für die Mehrheit ihrer Nachkommen weiter aktuell.

// Alke Jenss

# „FÜR DAS LEBEN“

IN PARAGUAY WÄCHST DER WIDERSTAND GEGEN SOJAMONOKULTUREN

**In den letzten Jahren ist Paraguay zum weltweit viertgrößten Sojaexporteur aufgestiegen. Der Soja-Bedarf der Industrieländer bedeutet Hunger und Vertreibung für die Landbevölkerung, die verzweifelt um den Erhalt ihrer Lebensgrundlagen kämpft.**

„Noch vor 30 Jahren war hier alles mit Wald bedeckt“, erinnert sich Gerónimo Arévalo und schwenkt den Arm in einer weiten Geste über die Sojafelder die sich bis zum Horizont erstrecken. „Heute leben wir in einem Meer aus Soja“, sagt der Öko-Landwirt, dessen Gemeinde im östlichen Alto Paraná von Sojafeldern umringt ist. Bereits in den 1970er Jahren wurden hier Sojamonokulturen im großen Stil angelegt. Von Brasilien kommend hieß die „grüne Revolution“ Einzug, eine industrialisierte Landwirtschaft die auf riesigen Flächen bis heute gigantische Erträge erzielt. Paraguay gehört zum über 40 Millionen Hektar großen „Sojagürtel Südamerikas“. Dazu zählen neben Paraguay der Süden Brasiliens, Nord-Argentinien, das östliche Bolivien sowie Teile Uruguays.

In Gerónimos Gemeinde bewirtschaften 44 Familien 500 Hektar Land als Selbstversorger\_innen. In kleinen Mischkulturen bauen sie die Hauptnahrungsmittel Maniok und Mais, Bohnen, Erdnüsse, Gemüse und etwas Sesam zum Verkaufen an. Tiere laufen frei umher, ein Bach plätschert munter vor sich hin. Doch die Idylle trügt: „Kinder werden blind, Schwangere verlieren ihre Babys, unsere Tiere sterben“ erklärt Gerónimo die Folgen der Ackergifte, die auf den Sojafeldern rundherum regelmäßig versprüht werden. Mit den gentechnisch veränderten Sojasorten, die seit Ende der 1990er Jahre angebaut werden, ist die Belastung enorm gestiegen. Mittlerweile wird zu über 90 Prozent der angebauten Soja gentechnisch verändert. Die Pflanzen wurden gegen bestimmte Breitbandherbizide resistent gemacht, die alles außer den genetisch veränderten Sojapflanzen abtöten. Hersteller, wie Monsanto mit seinem

„Roundup Ready“, versprechen mehr Ertrag bei weniger Pestizideinsatz.

Doch „mit der transgenen Soja verringert sich der Einsatz der Ackergifte nicht, im Gegenteil“, betont der Agraringenieur Pedro Peralta von der Nicht-regierungsorganisation CECTEC, die nachhaltige Landwirtschaft von Kleinbäuerinnen und -bauern fördert. Seit 15 Jahren beobachtet er die Nebenwirkungen der Sojaexpansion: „Heutzutage werden die Chemikalien viel aggressiver versprüht, weil es in den gigantischen Monokulturen bei Krankheiten oder Plagen keine natürliche Regulation mehr gibt. Also werden mehr Fungizide, Herbizide und Pestizide eingesetzt“, erklärt er weiter: „Bis zu fünf Mal zwischen der Aussaat im September und der Ernte im Januar.“ Nicht nur ausgelaugte Böden, Erosion und vergiftete Gewässer sind die Folge, insbesondere die familiäre Subsistenzwirtschaft der Kleinbäuerinnen und -bauern ist betroffen „weil die Pflanzen auf ihren Äckern verdorren und sie selbst krank werden“, so Peralta.

Für die Landbevölkerung bedeuten die Ackergifte einen schleichen Tod“ bestätigt auch Dr. Silvia Gonzales vom Forschungsinstitut CEIDRA die Langzeitfolgen der Mittel, die vom Wind kilometerweit getragen werden. Besonders fatal sei die Applikation aus der Luft, die nicht einmal angekündigt werden muss, so dass die Landbevölkerung nicht rechtzeitig Schutz vor den giftigen Dämpfen suchen könne. Viele Chemikalien, die in Paraguay zum Einsatz kämen, seien in Europa längst als krebserregend verboten. Immer wieder gebe es Todesfälle, Langzeitfolgen wie Krebs-, Haut- und Atemwegserkrankungen nähmen zu. „Der Versuch, gesetzliche Richtlinien zum Schutz der Landbevölkerung zu verbessern, wird immer wieder von der Agrar-Lobby im Parlament boykottiert“, erlebt die energische Soziologin und Anwältin. Selbst bei Todesfällen wie dem des elfjährigen Silvino Talavera, der 2003 zweimal in Folge mit Pestizid besprüht wurde, verneinen Sojaunternehmer\_innen ihre Verantwortung: „Dann werden

immer Beweise dafür gefordert, wodurch der Tod verursacht wurde und schließlich verkünden sie dann, dass die Betroffenen an Unterernährung, Durchfall oder Fieber starben – was genau die Symptome sind, die von Ackergiften verursacht werden. Aber es ist sehr schwer, Ursache und Wirkung wissenschaftlich nachzuweisen.“ Sol-

beendete, erhofften sich Kleinbäuerinnen und -bauern grundlegende Reformen. Doch ihre Situation hat sich nicht verbessert, und sie kämpfen innerhalb zahlreicher Verbände und Organisationen weiterhin für eine Agrarreform sowie eine selbstbestimmte Landwirtschafts- und Ernährungspolitik in Paraguay. Denn vom Sojaboom



Foto: Sub [Cooperativa de fotógrafos]

che Untersuchungen seien langwierig und unerwünscht. Engagierte Mediziner\_innen würden oft bedroht.

Doch die Aktivistin gibt die Hoffnung nicht auf. Genauso wenig wie die Mitglieder von CONAMURI, der Dachorganisation der ländlichen und indigenen Frauenverbände, durch deren breite Lobbyarbeit der Fall Silvino schließlich vor Gericht verhandelt und 2004 gewonnen wurde.

Mit der Wahl des ehemaligen Bischofs Fernando Lugo im Jahr 2008, die die 61-jährige Alleinherrschaft der rechtskonservativen Colorado-Partei

profitieren vor allem die vielen brasilianischen, einheimischen, aber auch deutschen Großgrundbesitzer\_innen durch unbegrenzten Landerwerb, Steuerfreiheit auf das Exportgut und steigende Weltmarktpreise. Zweieinhalb Tonnen Sojabohnen und mehr werden heute bei guter Ernte pro Hektar erzielt. Das bringt um die 900 US-Dollar Verkaufspreis pro Hektar. Auf 2,7 Millionen Hektar wird in Paraguay zurzeit Soja angebaut und die Anbaufläche wächst unkontrolliert weiter. Die größten Gewinnerinnen sind aber internationale Agrar- und Chemiefirmen wie ADM, Monsanto

und BASF. Der Bedarf der Industrieländer an Soja als Viehfutter und in zunehmendem Maße auch als Energiepflanze für Agrotreibstoffe ist enorm. Paraguay stieg in den letzten Jahren zum viertgrößten Sojaexporteur auf. Von den insgesamt 35 Millionen Tonnen Soja, die vor allem aus Südamerika jährlich in die EU importiert werden, sind deutsche Bäuerinnen und Bauern und Massen-tierbetriebe mit 8 Millionen Tonnen die größten Abnehmer. Während gentechnisch veränderte Lebensmittel hier verboten sind, gilt das nicht für die Futtermittel; Gen-Soja landet somit täglich in Form von Fleisch, Milch und Eiern auf den meisten Tellern.

Ein lohnendes Geschäft, das auch in den kommenden Jahren gigantische Gewinne verspricht. Und so verleiben sich die Sojabarone und internationalen Agrarfirmen immer mehr fruchtbare Land ein, um Soja in Monokulturen anzubauen. Sie verdrängen die kleinbäuerliche Landwirtschaft und damit das traditionelle Modell, von dem immerhin die Hälfte der Bevölkerung lebt.

Die Sojaexpansion verschärft den Landkonflikt, der ohnehin das brennendste soziale Problem ist. Paraguay gehört mit etwa 80 Prozent der Ackerfläche im Besitz von zwei Prozent der Bevölkerung zu einem der Länder mit der ungerechesten Landverteilung weltweit.

Ginge es nach Héctor Cristaldo, Präsident des wichtigsten Verbandes der Sojalobby, ließe sich die Fläche problemlos um 1,3 Millionen Hektar steigern. Die Zukunft liegt für ihn im globalen Markt: „Das hohe Agrar-Potential in einem Land wie unserem nicht zu nutzen, um eine hungernde Welt zu versorgen, sondern zu sagen wir pflanzen nur, was wir selbst essen, das macht doch keinen Sinn!“ Er wird nicht müde zu betonen, dass der kleinbäuerliche Sektor hoffnungslos rückständig sei. Im übrigen seien in der modernen Landwirtschaft die Pestizide bei sachgemäßer Anwendung sicher.

Das Gegenteil spüren immer mehr Kleinbäuerinnen und -bauern auch im Norden Paraguays wie in der Provinz San Pedro, wo sich die Sojakulturen, vor allem in brasilianischer Hand, seit zehn Jahren immer rasanter ausbreiten. Kopfschmerzen, Hautausschläge, Bauchschmerzen und Durchfall, Übelkeit mit Erbrechen, Missbildungen bei Neugeborenen sind nur einige der Nebenwirkungen, die die Bäuerin Lucía Pavón aufzählt. Schützende Grünstreifen, die für die Großproduzent\_innen eigentlich gesetzlich vorgeschrieben

sind, gibt es nicht: „Sie wollen ihre Anbaufläche nicht verkleinern sondern jeden Zentimeter mit Soja bepflanzen.“

Weil die Situation unerträglich ist, stellen sie sich immer häufiger dem Besprühen der Felder als lebende Mauern in den Weg. Doch die brasilienschen Sojabäuerinnen und -bauern werden von Polizei und Militär unterstützt und heuern bewaffnete Sicherheitskräfte an, die ganze Gemeinden einschüchtern und Aktivist\_innen bedrohen. „Für sie sind wir Kakerlaken“ sagt Lucía. „Aber wenn wir aufgeben und unser Land verlassen, was bleibt uns dann noch?“ fragt sie.

Immer mehr Menschen wandern in die Städte ab, denn sie ertragen das Gift nicht mehr oder werden solange unter Druck gesetzt bis sie ihre wenigen Hektar Land verkaufen. Viele Kleinbauern und -bäuerinnen verlieren ihr Land auch durch Verschuldung, weil sie in der Hoffnung, gut zu verdienen, selbst Soja anbauen. Doch teure Pestizide und Technik lohnen sich nur auf großen Flächen.

Allein 90.000 Familien gaben während des letzten Jahrzehnts ihr Land auf. Sie harren in illegalisierten Camps aus oder landen in den Armutsvierteln der Hauptstadt Asunción. Dort schlagen sie sich als Straßenverkäufer\_innen und Müll-Recycler\_innen durch, prostituiieren sich oder betteln.

„Gürtel der Misere“ nennen die Soja-Gegner\_innen diese Orte. Insbesondere die indigene Bevölkerung ist von Vertreibung und Hunger betroffen, denn sie sind die marginalisiertesten Bevölkerungsgruppe und haben keine Lobby.

In ganz Paraguay wächst mittlerweile der Widerstand. Viele Bauern sind bereits organisiert. Sie mobilisieren zu Demonstrationen und Straßenblockaden und unterstützen die vielen Landbesetzungen. Ein Kampf um Land und gegen das Agrobusiness, der trotz starker Repression von Seiten des Staates und der Mächtigen im Lande auf vielfältige Weise geführt wird. „Wir haben keine andere Wahl“, betont Gerónimo Arévalo, „wir kämpfen für unser Recht auf Land und für das Leben.“

Für ihn ist die industrialisierte Landwirtschaft kein tragfähiges Modell: „Wir wissen sehr gut, dass hinter der industriellen Sojaproduktion ein großes Geschäft steckt, aber für die kleinen Produzent\_innen ist sie weder rentabel noch nachhaltig, denn sie zerstört die Umwelt und damit unsere Lebensgrundlage. Unsere Zukunft kann nur in einer Landwirtschaft liegen, die das Leben verteidigt.“

// Steffi Holz

# DER KOLONIST VON NEBENAN

BRASILIANISCHE AGRARUNTERNEHMER\_INNEN INVESTIEREN AUCH AUSSERHALB DES EIGENEN LANDES

**Das Zentrum Südamerikas gerät immer stärker in den Blick von großen Agrarinvestoren. Doch die Kapitalist\_innen kommen nicht nur aus Übersee, sondern auch aus der Region selbst. Brasilianische Geschäftsleute gehören heute zur Avantgarde des globalen Land Grabbing.**

Bevölkerung der Region produziert Pinesso nicht. Vorteile für sein Geschäft erreicht er vor allem durch eine gute Straßenanbindung und den günstigen Bodenpreis im Sudan. 50 US-Dollar pro Hektar pro Jahr muss er zahlen. „Das ist sehr wenig für die Qualität des Bodens“, sagte er der *Estado de São Paulo*. Zudem müsse er deutlich weniger

Foto: Sub [Cooperativa de fotógrafos]



„Gilson Pinesso zeigt denselben Pioniergeist wie einst sein Vater!“, schrieb die brasilianische Zeitung *Estado de São Paulo* im August 2010. Pinessos Vater zog in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts vom südlichen Bundesstaat Paraná in den Westen Brasiliens, nach Mato Grosso, um dort Landwirtschaft im großen Stil zu betreiben. Nun sucht der Sohn neue Investitionsmöglichkeiten für seinen großen Landwirtschaftsbetrieb – und findet sie jenseits der brasilianischen Grenze, ja, sogar jenseits des Kontinents.

Pinesso hat 2010 einen Pachtvertrag über 10.000 Hektar mit der sudanesischen Regierung abgeschlossen. Im ersten Jahr kultivierte er auf 500 Hektar Baumwolle, in diesem Jahr sollen die restlichen Flächen mit Soja bebaut werden. Verkauft wird auf dem Weltmarkt, Nahrungsmittel für die

Insektizide verwenden, als er es von Brasilien gewohnt sei. Er denke bereits über weitere Investitionen in Äthiopien und Uganda nach. „Brasilianer werden die Region wirtschaftlich entwickeln!“, prophezeit er, und die *Estado de São Paulo* begrüßt diese Entwicklung.

Unternehmer\_innen wie Gilson Pinesso sind kein Einzelfall. Brasilien ist eben nicht nur ein Land, das Agrarinvestoren anzieht, viele kommen auch von dort. Zahlreiche Agrarunternehmer\_innen in Brasilien sind zu erheblichem Wohlstand gekommen. Die zweite Generation der Agrarbourgeoisie drängt nun auf den weltweiten Agrarmarkt, sie hält Ausschau nach neuen Geschäftsfeldern, auch jenseits der Grenze des Nationalstaats. Nach Afrika drängt es wie Gilson Pinesso bisher aber nur relativ wenige brasilianische Großfarmer\_innen – insofern ist



er eher die Ausnahme. Aber in der unmittelbaren Nachbarschaft des größten südamerikanischen Landes sind die brasilianischen Geschäftsleute mittlerweile ein wichtiger Wirtschaftsfaktor.

Im kleinen Nachbarland Paraguay etwa werden auf drei Millionen Hektar Soja angebaut, 60 Prozent dieser Fläche gehört Brasilianer\_innen. Allein von Januar bis Juni dieses Jahres wurden hier 100.000 Hektar an ausländische Investoren verkauft, meistens an Unternehmer\_innen aus dem großen Nachbarland. Dieser Trend existiert bereits seit Jahren, die sogenannten *brasiguayos* sind wirtschaftlich sehr einflussreich. Insbesondere in den wenig besiedelten Westen des Landes drängen die Unternehmer\_innen, angezogen vom niedrigen Bodenpreis, erklärte Rodrigo Artagaveytia von der Landwirtschaftlichen Studiengruppe Estudio 3000 in einer Untersuchung. Früher galt der Westen des Landes als zu trocken und abgelegen, um dort erfolgreich zu wirtschaften, doch verbesserte Verkehrsanbindungen und Produktionsmethoden machen diese Region zunehmend interessant. Der Bodenpreis ist hingegen weiterhin sehr niedrig: Im Gegensatz zu Uruguay, wo der Preis pro Hektar bei über 2.000 US-Dollar liegt, sei das Land im westlichen Paraguay mit 120 bis 180 US-Dollar pro Hektar unschlagbar billig.

Insgesamt haben die Investoren aus Brasilien dennoch einen guten Ruf in Paraguay. Die meisten Paraguayer\_innen schätzen Brasilien und die Brasilianer\_innen, da sie Entwicklung und Investitionen in das Land brächten. Doch es gibt auch Kritiker\_innen, die eine Gefahr für die nationale Souveränität befürchten. Das brasilianische Außenministerium Itamaraty – dessen Stimme traditionell viel Gewicht in Paraguay hat – übt gerne auch mal Druck auf die Gerichte des Nachbarlandes aus, um juristische Entscheidungen zugunsten brasilianischer

Agrarunternehmen zu beeinflussen. Das Bündnis „Front für die Souveränität und das Leben“, das verschiedene Organisationen von Kleinbäuerinnen und -bauern vereint, sieht gar eine schleichende Kolonialisierung des Landes durch brasilianische Unternehmer\_innen voranschreiten.

In Bolivien will die Regierung den ausländischen Investitionen einen Riegel vorschieben. Auch hier sind es vor allem Brasilianer\_innen, die am Agrargeschäft beteiligt sind. Im März dieses Jahres kündigte die Regierung Evo Morales medienwirksam an, in Zukunft eine Million Hektar Land, das sich in den Händen von Ausländer\_innen befindet, enteignen zu wollen. Der Vizeminister für Landfragen, José Manuel Pinto, erklärte, dass viele Unternehmer\_innen das Land illegal erworben hätten. Nur diese wollte man enteignen. „Wir sind nicht gegen Ausländer in Bolivien. Aber sie sollen sich an unsere Gesetze und Normen halten“ erklärte er. Wie und wann genau dies geschehen soll, ist aber bis heute ungeklärt.

Vor allem mexikanische Mennonit\_innen und Brasilianer\_innen hätten in Bolivien illegal Land erworben, erklärte Vizeminister Pinto. Nach einer Studie der bolivianischen Stiftung Tierra haben ausländische Investoren in den letzten Jahren über eine Million Hektar Land in Bolivien erworben. Etwa 700.000 Hektar davon gingen auf das Konto brasilianischer Unternehmer\_innen.

Nach Informationen der bolivianischen Umweltorganisation PROBIOMA werden auf diesen Flächen vor allem Baumwolle und Soja angebaut. Dabei kommt auch transgenes Saatgut zum Einsatz, welches eigentlich seit 2006 verboten ist. „Doch daran wird nichts geändert, denn es gibt praktisch keine Kontrolle der industriellen Landwirtschaft im Osten Boliviens“, heißt es im Bericht.

Nach Bolivien angezogen werden die brasilianischen Unternehmer\_innen weniger von den guten

Produktionsbedingungen. Die Erträge liegen mit 2,5 Tonnen pro Hektar deutlich niedriger als in Brasilien, wo über vier Tonnen pro Hektar erwirtschaftet werden. Vielmehr ist es der bis zu 50 Prozent billigere Diesel, der in der industriellen Landwirtschaft in großen Mengen benötigt wird, der Bolivien als Investitionsland attraktiv macht. Der bolivianische Staat subventioniert großzügig den Treibstoff und lockt so ausländische Investoren ins Land.

Von den ausländischen Unternehmer\_innen gehe vor allem eine Gefahr für die Ernährungssouveränität des Landes aus, sagen Kritiker\_innen wie Miguel Urioste. Der Gründer und Forscher von Tierra erklärte der Presse, dass diese Unternehmer\_innen für den Export produzierten, anstatt Nahrung für die Bevölkerung. Unter der Regierung Morales hätte sich daran nichts geändert: „Der Staat schützt weiterhin die industrielle Landwirtschaft, obwohl es komplett gegen den Diskurs der Regierung geht“, erklärt er. Die Regierung bejahe öffentlich die Erhaltung der Ernährungssouveränität und verdamme die industrielle Landwirtschaft, konkret geschehe aber wenig. Dies liegt wohl nicht zuletzt an dem Einfluss des mächtigen Nachbarlandes. Ginge die Regierung entschlossener gegen die industrielle Landwirtschaft vor, wären zahlreiche brasilianische Unternehmen betroffen, was das Itamaraty auf den Plan riefe. So wird die Ernährungssouveränität Boliviens durch das Nachbarland direkt gefährdet.

Auch die Natur wird durch den Boom der industriellen Landwirtschaft zerstört. Der zentrale Chaco, die savannenartigen Ebene im Grenzgebiet zwischen Bolivien und Paraguay, wird derzeit komplett umgewandelt. Von 1932 bis 1935 führten Bolivien und Paraguay dort den blutigsten zwischenstaatlichen Krieg des 20. Jahrhunderts in Südamerika, doch in den Jahrzehnten danach passierte wenig mit dem so begehrten Land. Als zu kostenintensiv galt die Landwirtschaft im trockenen Chaco, nur einige mennonitische Siedler\_innen pflanzten erfolgreich Baumwolle oder züchteten Rinder. Doch wo früher dichte Dornenwälder standen, erstrecken sich heute oft riesige Weideflächen.

Protagonist\_innen dieser Verwandlung des Chaco sind neben den Mennonit\_innen wieder einmal brasilianische Unternehmer\_innen. Vor allem Viehwirtschaft sowie der Anbau von Baumwolle und Sesam rentieren sich im sehr trockenen Chaco. Durch neue Technologien und den Einsatz gentechnisch veränderten Saatguts wird der Chaco nun

kapitalistisch in Wert gesetzt. Der Landwirtschaftsboom im zentralen Südamerika gefährdet nicht nur das fragile Ökosystem des Chaco. Auch die indigenen Ethnien sehen sich zunehmend von den Soja- und Baumwollplantagen bedroht. Die Ayoreo des nördlichen Chaco zum Beispiel leben bis heute weitgehend ohne Kontakt zu der weltweit verflochtenen Gesellschaft. Aus diesem Grund haben sie meist auch keine offiziellen Besitztitel für das Land, das sie seit Generationen bewohnen. Durch den Druck des Landwirtschaftsbooms sind viele Ayoreo gezwungen, ihre selbstgewählte Isolation aufzugeben. Eine Interessenvertretung der Indigenen reichte nun eine Beschwerde bei den Vereinten Nationen ein. In dem Schreiben beklagen sie die Zerstörung ihres Landes durch brasilianische Unternehmen.

Gerade Brasilianer\_innen gehören zur Avantgarde des Land Grabbens, weil sie bereits Generationen übergreifende Erfahrungen mit der industriellen Landwirtschaft gemacht haben. Der Boom der industriellen Landwirtschaft in Brasilien setzte bereits in den 1960er Jahren ein. Mit großzügiger Unterstützung der damaligen Militärregierungen siedelten viele Landwirte aus den Bevölkerungszentren des Südens und Südostens in den kaum wirtschaftlich integrierten Westen des Landes, um Soja, Baumwolle und Getreide im großen Maßstab zu produzieren. Die „grüne Revolution“ nannte man damals dieses neue, auf den Export orientierte Entwicklungsmode. Für die brasilianische Volkswirtschaft ergaben sich dadurch enorme Einnahmen, und viele Unternehmer\_innen sind am Geschäft steinreich geworden. Die Schattenseiten waren Umweltzerstörung und Vertreibung der lokalen Bevölkerung, auch der indigenen Ethnien. Die damaligen Konflikte ähneln den heutigen dabei frappant. So ist es keineswegs abwegig, wenn die Zeitung *Estado de São Paulo* den „Pioniergeist“ des Vaters in Gilson Pinesso, dem Großfarmer, der im Sudan investiert, weiterleben sieht. Er bringt das brasilianische Entwicklungsmode nun auf einen anderen Kontinent. Der *Estado de São Paulo* begrüßt diese Entwicklung, obwohl die Gefahren für die Ernährungssouveränität und auch -sicherheit durch dieses Agrarmode, das nur auf Export orientiert ist, gerade in Ostafrika augenscheinlich sind. Wenige hundert Kilometer von Pinessos Farmen entfernt, am Horn von Afrika, verhungern derzeit tausende Menschen.

// Thilo F. Papacek

# RÜCKKEHR MIT VIELEN FRAGEZEICHEN

ÖLPALMEN VERSCHLUCKEN KLEINBÄUERLICHE GEMEINDEN IM WESTEN KOLUMBIENS

**Gemeinden von internen Flüchtlingen versuchen in Kolumbien auf ihre angestammten Ländereien zurückzukehren, sind dort aber massivem Druck und erneuten Bedrohungen ausgesetzt. Das Regierungsvorhaben, in den letzten Jahrzehnten geraubtes Land zurückzugeben, wird von kleinbäuerlichen Organisationen kritisch gesehen, da sich an ihrer prekären Lage kaum etwas geändert hat.**

„Verkauf uns Dein Land zu einem Spottpreis, oder wir kaufen es noch günstiger von Deiner Witwe.“ Mit Drohungen wie dieser wurden die Bewohner\_innen der Gemeinden an den Flüssen Curvaradó und Jiguamiandó im kolumbianischen Bundesstaat Chocó Jahre lang massiv unter Druck gesetzt. 1997 wurden die Afrokolombianer\_innen von Paramilitärs und staatlichen Streitkräften mit Hilfe von Drogengesetzen und Morden vertrieben. Seit über 40 Jahren schwelt der bewaffnete Konflikt in Kolumbien. Die Landfrage ist seit jeher Mittelpunkt der Gewalt. Laut Zahlen der kolumbianischen Menschenrechtsorganisation CODHES wurden in den letzten 25 Jahren mehr als fünf Millionen Menschen in Kolumbien zur Flucht im eigenen Land gezwungen. Die Landkonzentration in Kolumbien hat sich so weiter zugespielt und die Armut verschärft. Und die Vertreibung der Landbevölkerung geht auch heute weiter: 2010 wurden laut CODHES 280.041 Menschen vertrieben. In Landflächen übersetzt sind es nach unterschiedlichen Berechnungen zwischen knapp fünf und zehn Millionen Hektar, die auf diese Weise seit den 1980er Jahren geraubt wurden.

Trotz der Bedrohung sind in den letzten Jahren immer mehr Menschen der afrokolumbianischen Bevölkerung auf ihr Land an den Flüssen Jiguamiandó und Curvaradó zurückgekehrt. Im November 2000 hatte die Landwirtschaftsbehörde INCODER den Gemeinden schriftlich ihren kollektiven

Landbesitz bestätigt. In einem funktionierenden Rechtsstaat wäre das die Garantie dafür gewesen, dass die Gemeinden dieses Land wieder nach ihren traditionellen Anbaumethoden bewirtschaften und so ihre Selbstversorgung sichern können. Vor ihrer Vertreibung hatten sie auf ihrem Land Kochbananen, Reis und andere Grundnahrungsmittel angebaut. Fische aus den nahe liegenden Flüssen ergänzten den Speiseplan. Es konnten sogar Überschüsse erzielt werden, die zum Verkauf angeboten wurden. „Das einzige, was hier nicht wächst, ist das, was du nicht säst“, sagen die Bewohner\_innen stolz über ihr fruchtbaren Land, das ihre Vorfahren dem Dschungel abgerungen haben.

Doch bei der Rückkehr auf ihr angestammtes Land fanden die Gemeinden riesige Ausdehnungen von Ölpalmenplantagen vor, die alles verschluckt hatten, die alten Dörfer und sogar die Friedhöfe. Flussläufe waren nicht wiederzufinden, weil die Ölpalmunternehmen das Land durch Entwässerungskanäle trockengelegt hatten. Während die Kleinbäuerinnen und -bauern die Rückgabe des geraubten Landes in seinem früheren Zustand, ohne die Ölpalmen, forderten, konnten sie hören, wie Motorsägen sich unweit von ihren Dörfern zur Ausdehnung der Plantagen immer weiter in den Dschungel fraßen. Militärs bewachten die Plantagen, obwohl die Landwirtschaftsbehörde bestätigt hatte, dass die Pflanzungen illegal sind.

Mit Unterstützung der Menschenrechtsorganisation Justicia y Paz kämpfen die Bauern und Bäuerinnen nun weiter um ihr Land. Mittlerweile wurden gegen 23 Ölpalm-Unternehmen Strafprozesse angestrengt. Doch insbesondere die Sprecher\_innen der Gemeinde werden weiterhin kriminalisiert, eingeschüchtert und bedroht. Zwei Sprecher wurden bisher ermordet, im Juli und August dieses Jahres wurden zwei weitere verschleppt.



Foto: Sub [Cooperativa de fotógrafos]

Präsident Juan Manuel Santos hat im Juni 2011 das sogenannte Opfer- und Landgesetz unterzeichnet, das den Opfern von Landvertreibungen Entschädigung und Landrückgabe verspricht. Zwei Millionen Hektar Land sollen mit Hilfe des Gesetzes zurückgegeben werden. Eine moderate Vorgabe, gemessen an dem, was geraubt wurde – und doch sehr ehrgeizig, gemessen am Widerstand dagegen. Von August 2010 bis Juli 2011 wurden in Kolumbien mindestens dreizehn Vertreter\_innen von Vertriebenen ermordet, die ihr Land zurückforderten. Die geplante Rückgabe droht also daran zu scheitern, dass diejenigen, die ihre Landrechte einfordern, damit ihr Leben aufs Spiel setzen. Erstmals steht durch das neue Gesetz ernsthaft eine Rückgabe von Land in Aussicht, doch die Vertriebenen sind im Verteilungskampf um Land weiterhin schutzlos.

Viele Vertriebene in Kolumbien können kaum belegen, dass das Land, das sie jahrzehntelang bearbeitet haben, ihnen gehört: Sie haben keine offiziellen Titel. Zwar ist im Opfer- und Landgesetz die Beweislast zugunsten der Vertriebenen umgedreht, aber die Feststellung der Besitzansprüche und der Nachweis über die Vertreibung werden vielfach schwierig bleiben. Vertriebene können sich in der Regel keinen Anwalt leisten und oft nicht einmal die Fahrkarte, um in die Stadt zu fahren, in der die Ansprüche geltend gemacht werden könnten.

Die Rückkehrer\_innen vom Curvaradó und Jiguamíandó halten immerhin ihren kollektiven Landtitel in den Händen. Doch die Ölpalme hat einen Großteil ihrer Lebensgrundlage vernichtet. Dass es genau diese Pflanze war, der ihr Land zum Opfer fiel, korrespondiert mit den ehrgeizigen Plänen der kolumbianischen Regierung zum Ausbau des Ölpalmanbaus, um die weltweit steigende Nachfrage nach Rohstoffen für die Herstellung von Agrosprit zu bedienen. Steigende Beimischungsquoten für Benzin in Europa, den USA und China, aber auch in Kolumbien selbst, schaffen vielversprechende Absatzmärkte für Palmöl.

Doch im lange schwelenden Landkonflikt Kolumbiens ist der Ölpalmanbau nur eine neue Variante, die eine alte Dynamik verstärkt. Weiter nördlich in der Region Chocó breiten sich beispielsweise endlose Bananenplantagen aus, auf Land, das einst Kleinbäuerinnen und -bauern erschlossen hatten und das ihnen dann von großen Unternehmen abgenommen wurde. Wo auf der Fahrt Richtung Süden die Bananenplantagen aufhören, beginnt die Monotonie endloser Viehweiden, über viele Jahre der Motor für Vertreibungen. Zucker, Kaffee und Blumen sind weitere wichtige, legale Agrarexportprodukte, die meist auf großen Flächen angebaut werden. Hinzu kommen die Kokafelder. Die weltweit steigende Nachfrage nach Agroenergie und die gestiegenen Nahrungsmittelpreise

haben den Hunger nach Land in Kolumbien noch verstärkt. Während der Druck zunimmt, hat sich jedoch an den Chancen für die Kleinbäuerinnen und -bauern, ihr Land gegen große Unternehmen zu verteidigen, kaum etwas verbessert.

Viele Kolumbianer\_innen sehen das Gesetz für Landrückgabe sehr kritisch: Rückkehrer\_innen sind gesetzlich dazu verpflichtet, zwischenzeitlich auf ihrem Land angelegte agroindustrielle Projekte nach der Rückgabe des Landes fortzusetzen. Die Sozialwissenschaftlerin Carmen Andrea Bercerra

waren 2001 noch um die 150.000 Hektar mit der Palme bepflanzt, so hatte sich die Fläche bis 2006 verdoppelt und 2010 wurden 400.000 Hektar überschritten. Regierung und Fedepalma streben für die kommenden vier Jahre eine Ausweitung um weitere 170.000 Hektar an. 115.000 Hektar werden davon für die Beimischung zu Benzin in Kolumbien selbst benötigt.

Für die Kleinbäuerinnen und -bauern, die selbst Ölpalmen anbauen, ist sie ein heikles Produkt. Denn sie sind völlig abhängig von den Fabriken, die die

Foto: Sub [Cooperativa de fotografos]



hebt in der Online-Zeitschrift *Razón Pública* hervor, dass das Gesetz vor allem Investitionssicherheit bei Grund und Boden schaffen solle. Um die Rechte der Opfer von Vertreibung gehe es weniger.

Ganz ähnlich sind die Aussagen der großen Ölpalm-Unternehmer\_innen zu verstehen. Beim Kongress des Ölpalm-Unternehmerverbandes Fedepalma im Juni 2011 machte dessen Geschäftsführer Jens Mesa deutlich, dass er sich mehr Investitionssicherheit von dem Gesetz erwarte, in Zeiten, in denen Land weltweit eine zunehmend wichtige Ressource sei. Präsident Santos kam höchstpersönlich zum Fedepalma-Kongress und korrigierte die Ziele für die Ausweitung des Palmölanbaus nochmals nach oben. In den letzten zehn Jahren ist in Kolumbien die Anbaufläche für Ölpalmen jährlich um zehn Prozent gewachsen.

Früchte der Ölpalmen abkaufen. Meist gibt es in einer Gegend nur eine einzige solche Anlage, die durch ihre Monopolstellung den Preis diktieren kann. „Die Frucht der Ölpalme kann ich nicht essen“, erklärt Heriberto Mosquera, ein Vertriebener aus der Region, „Kochbananen, Maniok oder Reis kann ich essen und das möchte ich anbauen. Die Ölpalme hingegen ist ein Geschäft, das ich nicht kenne, ich weiß nicht wie sich der Preis entwickeln wird und auf was ich mich da einlasse.“ Darüber hinaus brechen die Jahre ohne Einkommen bis zur ersten Ernte nach der Saat vielen Kleinbäuerinnen und -bauern finanziell das Genick. Wenn sie für den Anbau Kredite aufgenommen haben, verlieren viele auf diesem Weg wieder ihr Land.

Ziel der Regierung ist es, die Flächen für den Anbau von Produkten für Agrosprit, wesentlich Öl-

palmen und Zuckerrohr, auf insgesamt drei Millionen Hektar auszudehnen. Hingegen wurden laut Angaben des Landwirtschaftsministeriums in Kolumbien im Jahr 2009 knapp fünf Millionen Hektar Land für Ackerbau genutzt – viel weniger Fläche, als die neun bis 21,5 Millionen Hektar Land, die eigentlich für Ackerbau geeignet sind. Letztere überraschend hohe Zahl nannte Agrarnist Juan Carlos Restrepo im August 2011. Dem stehen 20 Millionen Hektar gegenüber, die für die Viehwirtschaft geeignet sind. Für diese werden al-

Entwicklung“ geben, in denen agroindustrielle Projekte gefördert werden.

Doch für die Kleinbäuerinnen und -bauern fehlen bisher flankierende Maßnahmen, die sie dabei unterstützen würden, sich tatsächlich am Markt zu behaupten; hinzu kommen die beschriebenen Probleme für ihre Sicherheit und den Zugang zu Land. So wie die Weichen derzeit gestellt sind, profitieren Kleinbäuerinnen und -bauern aufgrund fehlender Sicherheit und mangelnder wirtschaftlicher Rahmenbedingungen weder von der beste-



Foto: Sub [Cooperativa de fotografos]

Ierdings weit mehr, nämlich 38,6 Millionen Hektar genutzt. Auf die Nahrungsmittelproduktion und die Ernährungssouveränität wirkt sich das negativ aus. Denn traditionell sind es vor allem Kleinbäuerinnen und -bauern in Kolumbien, die die Nahrungsmittelproduktion für den Binnenmarkt tragen, doch die Jahre massiver Vertreibungen gingen einher mit einem Rückgang der Produktion und zunehmenden Importen.

Während die Vorgängerregierung unter Präsident Álvaro Uribe Vélez (2002 bis 2010) einseitig die agroindustrielle Produktion für den Export förderte, will die 2010 mit Juan Manuel Santos angetretene Regierung zweigleisig fahren. Für kleinbäuerliche Landwirtschaft reservierte Zonen sollen ausgedehnt werden. Andererseits solle es gleichzeitig „Zonen unternehmerischer

henden noch von einer möglichen Ausweitung der Fläche für Ackerbau.

Für Kolumbien ist eine entscheidende Frage, inwiefern die gewaltsame Austragung des Landkonflikts beendet und die Opfer angemessen entschädigt werden können. Dafür ist auch wichtig, dass die Vertriebenen, Kleinbäuerinnen und -bauern ihre Rechte ohne Angst vor Drohungen geltend machen können und dass der Landtitel der Menschen am Jiguamiandó nicht nur auf dem Papier steht, sondern sie wirklich über ihr Land verfügen können. Weltweit – auch in Kolumbien – stellt sich die Frage, was auf dem verfügbaren Land angebaut wird: Nahrungsmittel oder Agrosprit – und ob die Nahrungsmittel am Ende reichen werden.

// Alexandra Huck

# „DAS NEUE LANDGESETZ IST EINE FARCE“

MAURICIO MEZA VON DER KOLUMBIANISCHEN MENSCHENRECHTSORGANISATION  
COMPROMISO ÜBER DIE NEUEN GESETZE ZUR RÜCKGABE VON LAND AN VERTRIEBENE

**Von Paramilitärs und Unternehmen vertriebene Kleinbäuerinnen und -bauern in Kolumbien hatten bisher kaum Möglichkeiten, auf ihr angestammtes Land zurückzukehren. Mauricio Meza von der Menschenrechtsorganisation COMPROMISO aus Bucaramanga im Nordosten Kolumbiens sieht die Gesetzesinitiativen der Regierung unter Präsident Juan Manuel Santos zur Rückgabe von Land (siehe LN 445) dennoch kritisch.**

**Im Juni dieses Jahres wurde das sogenannte Opfer- und Landgesetz (Ley de Víctimas/Ley de Tierras) verabschiedet. Kann dieses Gesetz helfen, die Landfrage in Kolumbien zu lösen?**

Nein. Für mich ist dieses Gesetz nur eine Farce voller Täuschungen. Die Regierung gibt damit vor, die Vertriebenen erstmals umfassend zu entschädigen und ihnen zwei Millionen Hektar Land zurück zu geben. Insgesamt wurden aber Bauern von mindestens sechs Millionen Hektar vertrieben, es handelt sich also nur um einen Bruchteil des geraubten Landes. Damit sind wir nicht einverstanden!

Außerdem wurde das Gesetz von oben gemacht, die Opfer der gewaltsamen Landvertreibungen wurden daran nicht beteiligt. Berücksichtigt werden darin nur die Vertriebenen von nach 1985. Ökonomische Entschädigung erhalten sogar nur diejenigen nach 1991. Das heißt, all die früheren Opfer zählen einfach nicht.

**Gab es bei der Ausarbeitung des Gesetzes keine Abstimmung mit den Opferverbänden?**

Nein, es wurde ausschließlich von der Regierungsallianz entwickelt. In Kolumbien gibt es keine Transparenz, es gibt nur Korruption und Betrug. Es wird ausschließlich für die Reichen, für die herrschenden Klassen regiert. Es ist immer

die gleiche Geschichte seit 50 Jahren. Wir wollten dieses Gesetz mit breiten Debatten von unten mitbestimmen. Dadurch hätten die Opfer wirklich eine Stimme gehabt und ihre Meinung einbringen können. Aber das war unmöglich.

**Aber denjenigen, die ihre Landtitel beweisen und auf ihr Land zurückkehren können, ist doch schon erstmal geholfen, oder?**

Ja, aber sie tappen sogleich in die nächste Falle. Das schlimmste an dem Gesetz ist eine Klausel, die die Bauern, die ihr Land zurück erhalten, dazu zwingt, weiter Ölpalmen oder andere Nutzpflanzen für das Agrobusiness zu kultivieren, wenn diese in der Zwischenzeit auf ihrem Land angepflanzt wurden. Nahrungsmittel wie Mais oder Yucca für den Eigenverbrauch dürfen sie nicht anbauen. Sie sind gezwungen, Ölpalmen an die großen Unternehmen zu verkaufen, denn nur die haben die passenden Maschinen für die Weiterverarbeitung.

Oder sie arbeiten direkt als Lohnarbeiter für die Firmen. Die großen Agrarunternehmen bekommen so immer mehr Zuarbeiter. Das Gesetz wurde von ihnen und in ihrem Interesse gemacht. Auch wenn jetzt mit dem neuen Gesetz 2.000 oder auch 200.000 Hektar an vertriebene Bauern zurück gegeben werden, verhindert das nicht, dass in einigen Jahren der Großteil des Landes in den Händen von großen Agrarfirmen und Großgrundbesitzern sein wird.

**Wie konnte es zu dieser ausweglosen Situation kommen?**

Es gibt in Kolumbien sehr viel Korruption. Und viele Politiker besitzen selber große Ländereien. In anderen Gegenden wie der Region Magdalena Medio wurde unter Ex-Präsident Uribe Paramilitärs Land zugesprochen, wo jetzt zum Beispiel

Palmen in Monokultur angebaut werden. Außerdem ist der Druck der ausländischen Investoren auf die Regierung sehr groß. Sie verlangen ein Landgesetz, um investieren zu können, um sich auf vermeintlich geregelte Besitzverhältnisse berufen und sagen zu können, dass das Land nicht illegal angeeignet wurde.

Besonders bedenklich ist, dass die Regierung Santos im Zuge dieses Gesetzes auch die Unidad Agrícola Familiar (UAF), eliminiert hat. Die UAF war eine juristische Figur in der kolumbianischen Gesetzgebung, die eine Obergrenze für Landbesitz festlegte. So sollte große Landkonzentration verhindert werden. Santos hat die UAF aus der nationalen Gesetzgebung gestrichen, um großflächige Latifundien möglich zu machen. Früher sprach man hier von Landbesitz, heute wird nur noch vom „Landmarkt“ gesprochen.

#### **Gibt es bereits ausländische Investor\_innen, die im großen Stil Land in Kolumbien aufkaufen?**

Jetzt ist ihnen zumindest Tür und Tor geöffnet. Mit der UAF ist die letzte Hürde gefallen. In der Region Altiplano Colombia, die sich über die Departamentos Arauca, Casanare und Meta erstreckt, plant China 400.00 Hektar, Brasilien 20.000 Hektar zu kaufen. Dabei handelt es sich um die flachste Region des Landes, sie ist also leicht zu mechanisieren. Warum kaufen die Chinesen nicht Land in einer bergigen Region? Weil sie dort nicht ihre Traktoren einsetzen können. So wird das fruchtbare Land für kleinbäuerliche Landwirtschaft nicht mehr nutzbar sein. Stattdessen wird die Region mit Gen-Soja, Gen-Mais und Ölpalmen für den Export überschwemmt werden.

#### **Wie wirkt sich das auf die Ernährungssicherheit der Bevölkerung aus?**

Uns erscheint das sehr bedenklich, denn was wir in Kolumbien brauchen, sind Nahrungsmittel. Mehr als 41 Prozent der Bevölkerung hat keine Nahrungsmittelsicherheit, wir importieren zehn Millionen Tonnen Lebensmittel pro Jahr. Aber der Anbau von Lebensmitteln ist eben nicht so rentabel. Die ganze Landfrage ist ein großes Geschäft mit multinationalen Getreide-Firmen wie Kellogg's, Monsanto, Syngenta, Quaker, die daran gut verdienen. Ein großes Geschäft auf Kosten der Bauern.

#### **Wie ist die Situation in der Region um Bucaramanga, wo COMPROMISO arbeitet?**

Wir haben hier zum Beispiel Landkonflikte in Tibú, wo 2004 eine Gruppe von 6.000 Paramilitärs mit der Regierung Uribe verhandelt und Land zugeschlagen bekommen hat. Dort werden heute Ölpalmen angebaut. Aber dieses Land wurde Bauern weggenommen, die vertrieben wurden.

#### **Gibt es andere Beispiele?**

Im Magdalena Medio haben wir die gleiche Situation. Und in Sabana de Torres zum Beispiel wurden in den letzten drei Jahren 70 Bauern verhaftet. Ihnen wird vorgeworfen Guerilleros zu sein, aber es sind einfache Bauern. Meistens verhaften sie beide Elternteile und die Kinder bleiben allein zurück. Sie zerstören zuerst die Familie und nehmen ihnen dann das Land weg. Selbst wenn wir einen Freispruch erreichen, kehren sie zwar in ihre Dörfer zurück, sind aber oft stigmatisiert und werden von den Nachbarn gemieden. Zudem werden sie meist von den Großgrundbesitzern erneut bedrängt und sehen sich schließlich gezwungen, ihr Land zu verkaufen. Dann bleibt ihnen nur das Auswandern in die Armutsviertel der Städte.

#### **Gibt es unter diesen widrigen Umständen auch Erfolge zu verzeichnen?**

Im März dieses Jahres gelang uns ein großer Erfolg gegen die multinationale Bergbaufirma Greystar aus Kanada. Diese will im Páramo Santurbán im offenen Tagebau eine Goldmine ausbeuten. Am 25. Februar haben wir eine große Demonstration organisiert, an der viele unterschiedliche Teile der Zivilbevölkerung teilnahmen. Insgesamt waren es 40.000 Teilnehmer von den Gewerkschaften, Kleinunternehmen, Kirchen, Universitäten, Schulen, etc. Der soziale Druck war so groß, dass den Politikern der Preis zu hoch war und das Vorhaben gestoppt wurde. Aber natürlich haben die Regierung und Greystar weiterhin Interesse, die Mine auszubeuten und die Gewinne zu erzielen. So ist der soziale Protest das einzige, was uns noch bleibt. Und wir werden weitermachen, wir gehen weiter raus auf die Straße und protestieren.

#### **// Interview: Alke Jenss und Olga Burkert**

Weitere Infos zu Mauricio Meza und der Arbeit der Menschenrechtsorganisation COMPROMISO unter:  
[www.corporacioncompromiso.org](http://www.corporacioncompromiso.org)

# ZWISCHEN PATRIOTISMUS UND PLÜNDERUNG

DIE NEUE LANDNAHME IN LATEINAMERIKA FÜHRT ZU REAKTIONEN VON REGIERUNGSSEITE

**Die Welle von Landgeschäften, die Südamerika überrollt, heizt Debatten um nationale Souveränität und mögliche Gegenmaßnahmen an. Manche Regierungen ergreifen Initiativen, die den Grundbesitz von Ausländer\_innen einschränken sollen. Den Landraub werden sie dadurch jedoch kaum eindämmen.**

Bei Investoren, die sich heute auf die weltweite Jagd nach fruchtbaren Böden machen, ist Lateinamerika sehr beliebt: Anders als Afrika bietet der Subkontinent den Vorteil größerer Rechtssicherheit und entwickelter Infrastrukturen. Angetrieben durch hohe Profitaussichten dank steigender Lebensmittelpreise kanalisieren Banken und Fonds Milliarden-Summen in südamerikanische Agrarfirmen, die meist mehrere Anwesen zugleich für internationale Anleger\_innen verwalten. In einer Studie der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) wird davon ausgegangen, dass „ein Drittel der Fonds, die weltweit in Farmland investieren, Gelder in Brasilien angelegt haben“.

Cosan, der Gigant unter den brasilianischen Zuckerfabrikanten, ist einer der Land Grabber, in dem nationales und internationales Kapital verschmelzen. Eigene Zuckerrohrfelder in der Größe von 700.000 Hektar liefern den Rohstoff für Cosans 23 Zucker- und Ethanolfabriken. Anfang des Jahres gründete der Großgrundbesitzer mit der britisch-niederländischen Royal Dutch Shell das Gemeinschaftsunternehmen Raízen, das den internen und internationalen Markt mit Ethanol beliefern soll. Um die Expansion zu ermöglichen, füllten deutsche Kleinanleger\_innen Cosans Kriegskasse auf. Mehrere Fonds der DWS, die Investmentgesellschaft der Deutschen Bank, beteiligen sich an dem berüchtigten Konzern. 2010 setzte das brasilianische Arbeitsministerium Cosan auf die schwarze Liste der Sklavenhalter, nachdem 42

Zwangsarbeiter\_innen auf einer seiner Plantagen befreit werden mussten. Ebenso beschuldigte die Staatsanwaltschaft im Bundesstaat Mato Grosso do Sul das Unternehmen, Zuckerrohr auf einer Plantage anzubauen, die es illegal auf Indigenen-Land der Guarani-Kaiowá angelegt hatte.

Die Deutsche Bank lässt ihre Anleger\_innen auch an der Waldzerstörung mitverdienen. So investieren drei DWS-Fonds in die argentinische Cresud, die über 650.000 Hektar in Argentinien, Brasilien, Bolivien und Paraguay besitzt. Neben Viehzucht und Getreideanbau für den Export, gehören Aufkauf und Erschließung von Ackerland zum Schwerpunkt des Unternehmens. In der nordargentinischen Provinz Salta führt Cresud die Liste der lokalen Abholzer an: Über 56.000 Hektar armenreicher Quebracho-Wälder fielen dem Konzern zum Opfer, um Platz für Felder und Weiden zu schaffen. Leidtragende sind vor allem die Indigenen der Wichi, die mit den Wäldern einen Teil ihrer Lebensgrundlagen verloren haben. „Die Wichi sind traditionell Jäger und Sammler“, erläutert Ana Álvarez von der Nichtregierungsorganisation Asociana. Durch den Waldverlust ist ihre Verarmung mittlerweile so groß, dass in diesem Jahr bereits zehn Kinder an Unterernährung gestorben sind. Doch die Milliarden, die internationale Investoren in landraubende Agrarfirmen pumpen, heizen auch Debatten um den Verlust nationaler Souveränität in der Region an. Als 2010 im Vorwahlkampf brasilianische Medien mit Berichten über Investitionspläne chinesischer, arabischer und europäischer Unternehmen überquollen, warnte auch der damalige Präsident Lula da Silva vor dem „Missbrauch von Landkaufen durch Ausländer“. Wenn Brasilien diesen Trend nicht aufhalte, werde das Land auf „ein winziges Territorium“ zusammenschrumpfen. Guilherme Cassel, der Minister für Agrarentwicklung, sekundierte: „Brasilianisches Land muss in der Hand von Brasilianern bleiben“.

Die brasilianische Zentralbank untermauerte die Befürchtungen vom Ausverkauf mit ihrer Schätzung, dass Ausländer\_innen zwischen 2002 und 2008 2,4 Milliarden US-Dollar in Landkäufe investierten. Doch wie groß die Flächen in ausländischem Besitz konkret sind, ist unbekannt. So weist die Agrarreformbehörde INCRA nur die Zahl der Grundstücke aus, die sich auch namentlich im Besitz von Ausländer\_innen befinden. Dies seien 34.000 mit einer Gesamtfläche von über vier Millionen Hektar. Da viele Investoren aber brasiliani-

künftig nicht mehr als 50 Parzellen einer brasilianischen Gemeinde erwerben. Da die Parzellen je nach Region und physischer Ausstattung unterschiedlich groß ausfallen, kann die Gesamtfläche, die sie künftig noch kaufen dürfen, zwischen 250 und 5.000 Hektar betragen. Doch darf sie nicht 25 Prozent der gesamten Ackerflächen einer Gemeinde überschreiten.

Generalstaatsanwalt Luís Lucena Adams versicherte zugleich, dass die Maßnahme ausländische Investitionen nicht ausbremsen werde: „Wir

Foto: Sub [Cooperativa de fotógrafos]



sche Strohmänner, Briefkastenfirmen oder Unternehmen als formale Grundeigentümer einsetzen, ist der von Ausländer\_innen kontrollierte Besitz faktisch weit größer. Schätzungen gehen von bis zu 30 Millionen Hektar aus.

Im August 2010 schließlich ließ Lula eine neue Interpretation eines Gesetzes von 1971 durch den Generalstaatsanwalt verkünden, die den Landkauf von Ausländer\_innen oder Unternehmen, die von Ausländer\_innen kontrolliert werden, beschränkt. Danach dürfen ausländische Investoren

schließen nicht die ausländische Beteiligung aus, aber wir wollen die nationale Kontrolle über den Landbesitz ausüben. Die Unternehmen werden sich anpassen und enger mit lokalen Firmen kooperieren müssen.“ Genau daran aber setzt die Kritik von Linken und sozialen Bewegungen an. Professor Horácio Martins de Carvalho, Agraringenieur und Berater des Kleinbauernetzwerks Via Campesina, schimpft: „Nichts verhindert, dass ausländische Aktionäre Anteile nationaler Unternehmen erwerben, die Land kaufen.“ Für ihn



steht außer Frage, dass sowohl die Regierung als auch wichtige Teile der Unternehmerschaft das ausländische Kapital willkommen heißen.

Ohnehin sei die Effektivität dieser Maßnahme zu bezweifeln, da ihre Umsetzung vom guten Willen der Katasterämter abhänge. Diese jedoch sind längst privatisiert worden und berüchtigt für die Korruption bei der Registrierung von Landtiteln. All die Sorgen um den Ausverkauf wären letztlich erst dann hinfällig, wenn die Regierung eine umfassende Agrarreform durchführen würde, die vier bis fünf Millionen Landlose ansiedelt und die Latifundien zerschlägt. Dann nämlich, so Carvalho, stünde das brasilianische Territorium „unter der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Kontrolle der Bauernschaft“. Dagegen werde der Vormarsch des Agrobusiness solange nicht zu stoppen sein, wie nur halbherzige Maßnahmen ergriffen würden, „die sich auf das ausländische Kapital in unserer Landwirtschaft beschränken“.

Ähnliche Initiativen werden nun auch in anderen Ländern diskutiert, etwa in Argentinien, Bolivien und Uruguay. „Die Verfügung über Land ist eine vitale, strategische Frage im 21. Jahrhundert“, erklärte Argentiniens Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner bei der Vorstellung ihres Entwurfs für ein Landgesetz, das derzeit im Kongress debattiert wird. In Anlehnung an die brasilianischen Regeln sieht es vor, den Landbesitz von Ausländer\_innen und Unternehmen, die von Ausländer\_innen dominiert werden, auf 20 Prozent der Agrarflächen auf nationaler, Provinz- und Gemeindeebene zu beschränken. In den fruchtbaren Gebieten der zentralen Pampa sollen Ausländer\_innen nicht mehr als 1.000 Hektar kaufen dürfen. Ähnliche Schwellen will man auch in anderen Regionen etablieren.

Weil auch in Argentinien unbekannt ist, wie groß die Grundstücke in ausländischem Besitz tatsächlich sind, soll ein nationales Grundbuch eingeführt

werden. Eine Besonderheit des Kirchner-Entwurfs ist, dass der Erwerb von knappen und nicht erneuerbaren Gütern wie Land nicht als Investition betrachtet wird. „Eine Investition ist es, wenn jemand Technologie mitbringt, nicht wenn er ein Grundstück kauft“, erläutert der an dem Entwurf beteiligte Jurist Eduardo Barcesat. Mit dieser Regelung will die Regierung Ausländer\_innen die Möglichkeit verbauen, im Streitfall die in bilateralen Investitionsschutzabkommen vorgesehenen Schiedsgerichte anrufen zu können.

Doch der argentinische Gesetzentwurf bleibt ebenfalls nicht von Kritik verschont. Die Zeitung *Página/12* verweist darauf, dass die 20-Prozent-Schwelle 40 Millionen Hektar entspricht. Da die Regierung das Land, das derzeit in Besitz von Ausländer\_innen ist, auf sieben Millionen Hektar schätzt, bekundet sie mit dieser Schwelle letztlich die Absicht, das Drei- bis Vierfache der bisherigen Flächen an das internationale Agrobusiness zu verkaufen. So kann nicht verwundern, dass die Aktivist\_innen der Grupo Reflexión Rural Kirchners Gesetz als „nutzlos“ bezeichnen, da es der Plünderung keinen Riegel vorschiebe.

Tatsächlich lassen die derzeit ergriffenen Regierungsmaßnahmen nicht erkennen, dass Kleinbauern und -bäuerinnen sowie Indigene, also jene, die am stärksten unter Verdrängung leiden, profitieren könnten. Im besten Fall sorgen die Beschränkungen für ausländische Investoren nur dafür, dass die Verflechtungen zwischen nationalem und ausländischem Kapital zunehmen und die intensivlandwirtschaftlichen Produktionsmethoden sich noch rascher ausbreiten. Während so das Paket aus Monokultur, Hochleistungssaatgut und Agrarchemie immer mehr zur Norm wird, fehlt es weiterhin an Initiativen, die den Vormarsch der Agrarfront und die Landnahme effektiv eindämmen könnten.

// Thomas Fritz

# AGRARREVOLUTION MIT HANDBREMSE

IN BOLIVIEN KOMMEN DIE VON PRÄSIDENT EVO MORALES ANGEKÜNDIGTEN  
EINSCHNEIDENDEN LANDREFORMEN NUR SCHWER IN GANG

**Die arme Landbevölkerung hatte sich mit dem Wahlsieg von Evo Morales 2005 ein Ende der ungleichen Landverteilung erhofft. Doch trotz einiger Erfolge ist das bisherige Ergebnis seiner Politik für viele unbefriedigend, die traditionelle Elite des Landes konnte viele Privilegien verteidigen. Die aktuellen Konflikte um den Bau einer Überlandstraße und ein neues Agrargesetz verweisen zudem auf Interessensunterschiede innerhalb der Unterstützungsbasis von Morales.**

Am 15. August begannen etwa 1.500 Mitglieder verschiedener indigener Gruppen des bolivianischen Tieflandes ihren Marsch von Trinidad, der Hauptstadt des Departamento Beni, in Richtung des Regierungssitzes La Paz. 500 Kilometer wollen die Aktivist\_innen zurücklegen, um so gegen den von der Regierung von Evo Morales beschlossenen Bau einer Überlandstraße zu demonstrieren, die quer durch das so genannte Indigene Territorium und Nationalpark Isiboro Sécure (TIPNIS) führen soll. Der Präsident selbst hat die Bewohner\_innen des TIPNIS hart kritisiert und schon angekündigt, die Straße werde gebaut, „ob sie das nun wollen oder nicht“. Unterstützung erhält er dabei unter anderem von den Kokabäuerinnen und -bauern, die sich in einem gesonderten Teil des TIPNIS niedergelassen haben. Diese erhoffen sich von der Nord-Süd-Trasse die Erschließung neuer Märkte und Einnahmequellen, wohingegen indigene Gemeinschaften einen massiven Zustrom von campesin@s aus La Paz und Cochabamba und den damit verbundenen Verlust ihres Territoriums befürchten.

Mit dem Konflikt um das TIPNIS ist die Diskussion um die „Agrarrevolution“, die Evo Morales 2006 ausrief, erneut voll entfacht – insbesondere, weil die „indigenen Territorien“ eigentlich deren

Herzstück sein sollten. Damals hatte der bolivianische Präsident dem Großgrundbesitz den Kampf angesagt und eine Umverteilung des Landes sowie günstige Kredite für Kleinbauern und \_bäuerinnen, die Schaffung alternativer Märkte und eine Technisierung der Landwirtschaft in Aussicht gestellt. Doch anstatt eine neue Agrargesetzgebung zu erarbeiten, beschloss die regierende Partei Bewegung zum Sozialismus (MAS), die gelende, aus der neoliberalen Hochphase stammende Rechtslage um das „Gesetz zur gemeinschaftlichen Ausrichtung der Agrarreform“ zu erweitern. Auf diese Weise wurden dem Nationalen Institut für die Agrarreform (INRA) neue Instrumente an die Hand gegeben, um zu überprüfen, ob die Agrareinheiten die gesetzlich vorgeschriebene „ökonomisch-soziale Funktion“ erfüllen, also wirtschaftlich und sozial nutzbringend sind. Sind sie dies nicht, wie beispielsweise unproduktiver oder auf Sklavenarbeit basierender Agrarbesitz, kann das INRA den Besitz enteignen und das Land in Form von kollektiven Besitztiteln indigenen Gruppen zuschreiben. In diesen „ursprünglichen gemeinschaftlichen Ländereien“ (TCO), von denen das seit 1990 bestehende TIPNIS eine der ersten ist, genießen indigene Gemeinschaften gewisse Autonomierechte und – zumindest theoretisch – Mitbestimmungsrecht über die Nutzung von Ressourcen.

Parallel dazu hat das INRA die Überprüfung der Rechtmäßigkeit bestehenden Privatbesitzes und Schlichtungen im Fall von unklaren Besitzverhältnissen vorangetrieben. Durch diesen schon seit 1996 laufenden Prozess erhalten Landbesitzer\_innen neue, gültige Besitztitel, was Rechtssicherheit und einen funktionierenden Landmarkt ermöglichen soll. Im Zuge dessen ist auch die Identifizierung der Ländereien, die sich in Staatsbesitz befinden, vorangeschritten. Diese sollen



laut Gesetz ebenfalls an landlose oder landarme Bäuerinnen und Bauern sowie indigene Gruppen verteilt werden, auch hier zumeist in Form von kollektiven Landtiteln.

In den vergangenen fünf Jahren hat die Regierung Morales so etwa vier Millionen Hektar Land von mittelgroßen und großen Agrarbetrieben sowie weitere drei Millionen Hektar von individuellen Kleinbäuerinnen und -bauern mit gültigen Besitztiteln versehen. Vor allem aber hat ihr die Verteilung ehemals staatlicher Ländereien erlaubt, 16 Millionen Hektar Land in Form von TCOs indigenen Gruppen zuzuerkennen, weitere vier Millionen Hektar gingen, ebenfalls als kollektives Eigentum, an Bauerngemeinschaften.

Doch genau damit soll nun Schluss sein. Inmitten des Konflikts um das TIPNIS erklärte Roberto Coraite, Generalsekretär der bolivianischen Bauerngewerkschaft CSUTCB, die derzeitige Agrargesetzgebung sei „diskriminierend“ und „obsolet“, da „kleine Gruppen immense Territorien besitzen, während die Mehrheit der Bauern winzige Schollen bearbeitet“. Dabei bezieht Coraite sich wohlgemerkt nicht auf Großgrundbesitzer, sondern auf indigene Gruppen. Die Forderung nach einem

völlig neuen Agrargesetz, die CSUTCB und andere Bäuerinnen- und Bauernorganisationen vertreten, wurde von Evo Morales begeistert aufgenommen. Anfang August bat der bolivianische Präsident die CSUTCB einen Gesetzesvorschlag vorzubereiten. Schon Mitte Oktober soll das neue Gesetz verabschiedet werden. Zwar soll dessen Hauptziel die Beseitigung des klassischen Latifundiums sein, kritische Beobachter\_innen befürchten dennoch, dass einige der zentralen Errungenschaften der bisherigen Agrarpolitik der Regierung in Frage gestellt werden könnten. Denn die derzeitige Führungsriege der CSUTCB favorisiert, ebenso wie wichtige Teile der Regierung von Morales, die Aufteilung des neu zu verteilenden Landes in individuelle Parzellen. Solcher Privatbesitz kann aber, im Gegensatz zum kollektiven Eigentum, veräußert werden – und die Erfahrung in Bolivien wie anderswo belegt, dass Kleinbäuerinnen und -bauern auf einem freien Landmarkt zumeist einen schweren Stand gegenüber großen Agrarkonsortien haben.

Der Ruf nach einem neuen Gesetz zeigt, dass trotz der beeindruckenden Zahlen, die die Regierung vorzuweisen hat, nicht alle zufrieden sind mit

dem bisherigen Verlauf der „Agrarrevolution“. Insbesondere die Kleinbäuerinnen und -bauern, die zahlenmäßig und organisatorisch die wichtigsten Unterstützer\_innen der MAS darstellen, pochen nun auf ihre Rechte. Die Forderung nach individuellen Landtiteln ist in nicht geringem Maße der Tatsache geschuldet, dass die Regierung ihnen finanzielle Unterstützung versagt und es außerdem versäumt hat, ihnen die Aufnahme von günstigen Krediten zu ermöglichen. Ohne eigenen Besitz können die Kleinbäuerinnen und -bauern diese auch nicht bei privaten Banken beantragen.

Im Zentrum der Debatte steht jedoch die Tatsache, dass es der MAS bisher nicht gelang, eine Antwort auf die historische Spaltung Boliviens in das von großen Landwirtschaftsbetrieben geprägte Tiefland und das durch extrem kleine, kaum mechanisierte Parzellen charakterisierte Hochland zu finden. Durch die erste bolivianische Agrarreform von 1953 wurde der Großgrundbesitz in dem dicht besiedelten andinen Teil des Landes zerschlagen und an die Kleinbäuerinnen und -bauern verteilt. Seitdem wurde der Besitz mit jeder neuen Generation weiter aufgesplittet. Im Tiefland hingegen wurde keines der bestehenden Latifundien belangt. Zudem wurden zwischen 1953 und 1993 mehr als 30 Millionen Hektar an individuelle Besitzer\_innen vergeben, häufig als Großbesitz, mit dem Boliviens Militärregierungen ihren Getreuen dankten. Der unter extremer Landarmut leidenden, zumeist indigenen Bevölkerung im Westen des Landes steht somit eine sich „weiß“ wähnende Klasse von Großgrundbesitzern gegenüber, deren Besitz von der Regierung Morales bisher kaum belangt wurde. Zwar wurde die Mehrzahl der neuen, kollektiven Landtitel im Tiefland vergeben, doch statt enteignetes Land wurde vielmehr sich schon in staatlicher Hand befindlicher Besitz verteilt. Von den vier Millionen Hektar, die in den letzten fünf Jahren effektiv enteignet wurden, befinden sich über die Hälfte in nicht für die Landwirtschaft geeigneten Gebieten der Amazonasregion. Zwar wird versucht, dort einige landarme *campesin@s* aus dem Hochland anzusiedeln, die Erfolge sind jedoch mäßig. Der Unmut der Kleinbäuerinnen und -bauern über das Ausbleiben einer effektiven, gegen das Latifundium gerichteten Politik erklärt sich auch daraus, dass die Regierung von Evo Morales in den letzten Jahren kaum neue Prozesse zur Überprüfung der Besitzverhältnisse und Titulierung von

Ländereien in Angriff genommen hat. Stattdessen wurden die unter den neoliberalen Regierungen verschleppten Anträge auf Landtitel nun endlich bearbeitet und schon begonnene Prozesse zu Ende geführt. Dieses pragmatische Vorgehen hat der Regierung zwar eine ansehnliche Bilanz bei der Ausstellung von neuen Landtiteln beschert, eine „Revolution“ aber bedeutet es nicht. Denn die Konsequenz dieser Praxis ist, dass seit 1996, als das derzeit immer noch gültige Agrargesetz erlassen wurde, gerade einmal vier Prozent des Großgrundbesitzes überhaupt auf die Rechtmäßigkeit der Besitztitel und die Erfüllung der „ökonomisch-sozialen Funktion“ hin überprüft wurden. Dabei wäre ein solches Vorgehen höchst Erfolg versprechend: Von der effektiv für die bolivianische Landwirtschaft nutzbaren Fläche wurde in den letzten Jahren nur etwa ein Viertel auch tatsächlich landwirtschaftlich genutzt. Der verbleibende Rest liegt brach und dient seinen Besitzern als Pfand, um an günstige Kredite zu gelangen, die sie zumeist in Immobilien- oder Börsengeschäfte investieren. Und dieses Land könnte, selbst ohne neue Gesetze, enteignet und umverteilt werden.

Dazu allerdings hat der bolivianischen Regierung bisher die Entschlossenheit gefehlt. Dieser aber bedarf es, denn die Angst vor dem Verlust ihres Landbesitzes trieb die „Barone des Ostens“ genannte Elite des Tieflandes dazu, der MAS-Regierung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln entgegen zu treten. Die zum so genannten Halbmond zusammengeschlossenen Departamentos des Tieflandes, in denen die „Barone“ weiterhin die Kontrolle über die staatlichen Institutionen inne hielten, erklärten schon 2006 den Boykott der staatlichen Agrarpolitik. Die ersten drei Amtsjahre Evo Morales‘ waren gekennzeichnet von gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen der maßgeblich von Großgrundbesitzern und Unternehmer\_innen organisierten und finanzierten „Bewegung für departamentale Autonomie“ einerseits sowie *campesin@s*, Indigenen und zentralstaatlichen Behörden andererseits. Parallel dazu versuchte die Tiefland-Elite, sowohl im Parlament als auch in der Verfassunggebenden Versammlung (VV) jede progressive Agrarpolitik zu torpedieren. Trotzdem gelang es ihr nicht, zu verhindern, dass die VV einen Artikel in ihren Verfassungsentwurf aufnahm, der eine Maximalgrenze von 5.000 Hektar für Landbesitz festlegte.

Seinen Höhepunkt fand der Konflikt im September 2008: Während der Kongress über das Gesetz zur Einberufung des Verfassungsreferendums diskutierte, waren die Departamentos des „Halbmondes“ Schauplatz eines gewalttätigen Aufstands der Autonomiebewegung, der fast zwanzig Tote forderte. Santa Cruz, die Hochburg der Autonomiebewegung, wurde tagelang von zehntausenden Indigenen und *campesin@s* eingekesselt. Die Wellen legten sich erst wieder, nachdem Regierungsvertreter\_innen, Oppositionspolitiker\_innen und die Gouverneure des Tieflandes sich über die VV stellten, den Verfassungsentwurf gemeinsam neu verhandelten – und dabei unter anderem festlegten, dass die Maximalgrenze keine Auswirkung auf bereits bestehenden Besitz habe. Kritiker\_innen bemerkten bereits damals, dass dieser Beschluss einer de facto-Legalisierung von dem zumeist illegal erworbenem Großgrundbesitz gleichkomme (siehe LN 414).

Zwar stellte die bolivianische Regierung mit diesem Schritt ein Mindestmaß an Regierbarkeit wieder her, doch der Preis dafür war hoch. Die Regierung hat längst nicht mehr den gesellschaftlichen Rückhalt, über den sie in den kritischen Momenten des Konflikts mit der Autonomiebewegung verfügte, und den es für eine Offensive gegen das Latifundium wohl auch bedarf. Dabei stehen auch in Bolivien die Zeichen auf eine Verschärfung der Situation: Seit 1990 ist die für den Sojaanbau verwendete Fläche stetig gewachsen, mittlerweile wird er auf einer Million Hektar bolivianischen Bodens angebaut. Und obwohl weder Anbaufläche noch Produktivität der Agrarbetriebe auf der Höhe

der Nachbarstaaten Brasilien und Argentinien sind, bildet Soja heute nach Erdgas und Mineralien das wichtigste bolivianische Exportgut.

Mit der Expansion des Sojaanbaus wächst sowohl der Druck auf die Kleinbäuerinnen und -bauern des Tieflandes, als auch die ökonomische und politische Macht der „Barone des Ostens“ und der transnationalen Unternehmen, die knapp die Hälfte der bolivianischen Sojaproduktion kontrollieren. Das Versprechen von Präsident Morales, den Großgrundbesitz aufzulösen, wird nunmehr nur sehr schwer zu halten sein – was auch bedeutet, dass eine Lösung für das Problem der Landarmut unzähliger Kleinbäuerinnen und -bauern immer weiter in Ferne rücken würde.

Das sich nun in Arbeit befindliche neue Agragegesetz wird zeigen, in welche Richtung das Land in der Agrarfrage steuert. Boliviens Bauerngewerkschaft, die mit dem ersten Gesetzesentwurf beauftragte CSUTCB, drängt auf entschiedenere Schritte zur Auflösung des Großgrundbesitzes sowie eine individuelle Dotierung des Landes. Die Regierung der MAS hingegen scheint in den letzten zwei Jahren einen modus vivendi mit ihren ehemaligen Widersachern aus dem Tiefland gefunden zu haben. Parallel dazu hat sie sich immer weiter von den indigenen Bewegungen entfremdet. Der Konflikt um das TIPNIS markiert den bisherigen Tiefpunkt dieser Beziehung, gleichzeitig ist der Marsch auf La Paz ein Zeichen der Unabhängigkeit und Stärke der indigenen Organisationen. Noch ist also nicht ausgemacht, wer in dem Kampf um das Land die Oberhand behalten wird.

// Börries Nehe

Foto: Sub [Cooperativa de fotógrafos]



# GLOSSAR

## **Ernährungssicherheit**

bezeichnet das Ziel, allen Menschen Zugang zu „sicherer und nahrhafter Nahrung“ zu gewährleisten. Dies kann beispielsweise auch über den Import von Lebensmitteln geschehen. Das Konzept ist somit mit der Öffnung von Märkten und nicht nachhaltigen Produktionssteigerungen kompatibel. Der Begriff gilt innerhalb des offiziellen Diskurses um Hungerbekämpfung als vorherrschend, wird von internationalen Organisationen, etwa der UNO, verwendet und von kleinbäuerlichen Organisationen kritisiert (siehe Ernährungssouveränität).

## **Ernährungssouveränität**

gilt als Gegenentwurf sozialer Bewegungen zum Begriff der Ernährungssicherheit. Das 1996 von der Bauern- und Bäuerinnenorganisation La Via Campesina (Der bäuerliche Weg) vorgestellte Paradigma sieht die Landbevölkerung, die paradoxerweise am meisten von Hunger betroffen ist, als Protagonistin der Hungerbekämpfungsstrategien. Es geht dabei darum, dass ländliche Gemeinschaften ihre natürlichen Ressourcen wie Land oder Wasser demokratisch kontrollieren, um Selbstbestimmung sowie eine nachhaltige und würdevolle Ernährung zu erreichen. In Lateinamerika ist das Konzept der Ernährungssouveränität heute nicht mehr nur innerhalb der sozialen Bewegungen populär, sondern wurde in den vergangenen Jahren von mehreren linken Regierungen aufgegriffen.

## **Industrielle Landwirtschaft**

ist eine rein auf Profitmaximierung und in der Regel auf den Weltmarkt ausgerichtete Produktionsweise landwirtschaftlicher Güter. Wesentliche Merkmale sind ein hoher Kapitaleinsatz, technisierte Verfahren, Anbau in Monokultur und der Einsatz von Pestiziden und Herbiziden. In Lateinamerika werden zudem häufig gentechnisch veränderte Organismen verwendet. Angebaut wird

vor allem für den Export. Dabei werden landwirtschaftlich nutzbare Flächen nicht notwendigerweise zur Produktion von Lebensmitteln verwendet, sondern auch zur Herstellung von Tierfutter, Agrokraftstoff oder Schnittblumen. In Lateinamerika ist beispielsweise der Anbau von Soja und Ölpalmen auf dem Vormarsch. Arbeitsplätze entstehen in der hochindustrialisierten Landwirtschaft kaum, qualifizierte Angestellte bringen die Investor\_innen häufig selber mit. Da für Kleinbäuerinnen und -bauern ohne Kapital diese Produktionsweise zu teuer ist, werden in offiziellen Entwicklungsdiskursen seit einigen Jahren statt bewährten Modellen wie Kooperativen immer wieder Zusammenschlüsse mit Unternehmer\_innen propagiert.

## **Kleinbäuerliche Landwirtschaft**

ist eine auf die lokale Dimension ausgerichtete Produktionsweise landwirtschaftlicher Güter, bei der die Bedürfnisse der Landbevölkerung stärker im Mittelpunkt stehen. Die kleinbäuerliche Landwirtschaft ernährt weltweit noch immer mehr Menschen als die industrielle Landwirtschaft. Gleichzeitig lebt der Großteil der hungernden Menschen auf dem Land. Rund 85 Prozent der Betriebe im globalen Süden sind kleiner als zwei Hektar. Diese verkaufen ihre Güter vorwiegend auf lokalen Märkten. Zusätzliche Subsistenzwirtschaft ist aber immer noch unverzichtbar für den größten Teil der Bevölkerung, um den Einfluss des geringen und schwankenden Einkommens zu vermindern – vor allem da es keine hinreichende soziale Sicherungssysteme gibt. In Lateinamerika wird kleinbäuerliche Subsistenzwirtschaft auch häufig von indigenen Gruppen betrieben. Zur Artikulation der kleinbäuerlichen Interessen hat sich 1993 das Netzwerk La Vía Campesina (Der bäuerliche Weg) gegründet, dem weltweit heute über 150 Organisationen angehören (siehe auch Ernährungssouveränität).

## **Land Grabbing**

Seit der globalen Finanzkrise gelten Agrarinvestitionen als langfristig aussichtsreiche Kapitalanlagen. Private Investor\_innen und Fonds aus Industrie- und Schwellenländern sowie staatliche Akteure sichern sich durch sogenannte Auslandsdirektinvestitionen und mittels langfristiger Pacht- oder Kaufverträge große Agrarflächen in ärmeren Ländern des globalen Südens. Dort werden vorrangig Nahrungsmittel oder Energiepflanzen für den Export angebaut, die der Ernährungs- und Energiesicherung der Investorenländer dienen. Über die Art der Investition entscheidet in der Regel die Profitrate. Auch die Sicherung von Süßwasserquellen und Rohstoffen ist ein entscheidendes Motiv, als CO2-Senken im Emissionshandel werden Landflächen ebenfalls aufgekauft. Befürworter\_innen argumentieren, dass Investitionen in die Landwirtschaft dringend notwendig seien und einen Technologietransfer, die Schaffung von Arbeitsplätzen, Impulse für die lokale Wirtschaft und einen Ausbau der Infrastruktur mit sich brächten. In der Realität hat die Landnahme jedoch enorme soziale, ökonomische sowie ökologische Folgen in den betroffenen Ländern. Die großflächige Bewirtschaftung der Agrarflächen durch ausländische Investor\_innen marginalisiert die kleinbäuerliche Landwirtschaft und vernichtet die Existenzgrundlage der Kleinbäuerinnen und -bauern. Dadurch werden vor allem über den Anbau von Weltmarktprodukten bei gleichzeitig geringem Rückgriff auf lokale Arbeitskräfte die Ernährungssicherheit gefährdet, Landkonflikte verschärft und in hohem Maße die Umwelt geschädigt (siehe „Industrielle Landwirtschaft“).

## **Landreform**

stellt eine Neujustierung von Eigentum oder Nutzungsrechten an Boden dar. In der Regel soll hierbei Land von Großgrundbesitzer\_innen an Landlose sowie Kleinbäuerinnen und -bauern verteilt werden. Die Gründe für Agrarreformen sind unterschiedlich. Technokratisch betrachtet kann es um die Steigerung der Produktivität gehen, etwa wenn brachliegender Großgrundbesitz landwirtschaftliche Entwicklung behindert. Eine gerechtere Landverteilung kann ökonomisch und sozial auch dadurch begründet werden, dass sie die Kaufkraft in einer Gesellschaft steigert. Nicht zuletzt können durch die Verteilung von Land so-

ziale Konflikte abgeschwächt werden; Regierungen erhoffen sich dadurch auch Wählerstimmen der ländlichen Bevölkerung. Viele Landreformen kommen allerdings nicht über die Verteilung von staatseigenem Boden hinaus; eine tatsächliche Umverteilung findet dann kaum statt. Zum Teil wird auch nur die Agrargrenze in Waldgebiete hinne ausgeweitet und Parzellen verteilt, die von Kleinbäuerinnen und -bauern erst urbar gemacht werden müssen.

## **Latifundium**

ist eine landwirtschaftliche Großfläche. Ab wie viel Hektar ein Landgut als Großgrundbesitz gilt, ist von Staat zu Staat unterschiedlich.

## **Landlose**

Bauern und Bäuerinnen, die kein eigenes Land besitzen, werden als Landlose bezeichnet. In Lateinamerika verfügen Großgrundbesitzer\_innen über einen Großteil der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche, weswegen die Zahl der Landlosen vergleichsweise hoch ist. Die bekannteste und größte Landlosenbewegung ist die MST in Brasilien, die Land besetzt und landwirtschaftliche Alternativen propagiert.

## **Menschenrecht auf Nahrung**

Das Menschenrecht auf Nahrung, das sich in Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 sowie Artikel 11 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, kulturelle und soziale Rechte (Sozialpakt, 1976 in Kraft getreten) findet, geht über Ernährungssicherheit hinaus. Es stellt eine qualitative, quantitative und kulturelle „Angemessenheit“ der Nahrung und den Zugang zu produktiven Ressourcen wie Land, Saatgut oder Wasser in den Mittelpunkt. Im Gegensatz zum Konzept der Ernährungssicherheit begründet das Menschenrecht auf Nahrung einen völkerrechtlich bindenden Rechtsanspruch.

## **Minifundium**

ist eine landwirtschaftlich nutzbare Kleinfläche von wenigen Hektar.

# Tipps zum Weiterlesen

## Publikationen des FDCL:

Brot für die Welt, EED, FDCL, Welt-Sichten (Hg.) *Land ist Leben: Der Griff von Investoren nach Ackerland* // Frankfurt/Main 2011 // Download: <http://fdcl-berlin.de>

Fritz, Thomas *Das große Bauernlegen. Agrarinvestitionen und der Run auf's Land* // FDCL-Verlag // Berlin 2010 // Download: <http://fdcl-berlin.de>

Fritz, Thomas *Landnahme im Treibhaus. Land und Wald auf den Kohlenstoffmärkten* // FDCL-Verlag // Berlin 2009 // Download: <http://fdcl-berlin.de>

Fritz, Thomas *Peak Soil – Die globale Jagd nach Land* // FDCL-Verlag // Berlin 2009

Papacek, Thilo F. *Die neue Landnahme. Amazonien im Visier des Agrobusiness* // FDCL Verlag // Berlin 2009

## Weitere Publikationen und Texte (Auswahl):

Aylwin, José *El Derecho de los Pueblos Indígenas a la Tierra y al Territorio en América Latina. Antecedentes Históricos y Tendencias Actuales* // Washington DC 2002 // Download: <http://ibcperu.org/doc/isis/12328.pdf>

Bello, Walden *Politik des Hungers* // Assoziation A // Berlin/Hamburg 2010

Borras, Saturnino & Franco, Jennifer *Towards a Broader View of the Politics of Global Land Grab: Rethinking Land Issues, Reframing Resistance* // ICAS Working Paper Series Nr. 001, 2010. Download: <http://www.tni.org/>

Gabbert, Karin & Michael Krämer et al. (Hg.) *Über Lebensmittel. Jahrbuch Lateinamerika. Analysen und Berichte* // Verlag Westfälisches Dampfboot // Münster 2009

Grain *Land Grabbing in Latin America* // Download: <http://www.grain.org/article/entries/3995-land-grabbing-in-latin-america>

Grüne Bildungswerkstatt Wien *Die Zeit ist reif für Ernährungssouveränität!* // Wien 2011 // Bestellung unter agrarattac@attac.at

Kay, Cristóbal *Veränderungen der ländlichen Wirtschafts- und Sozialstrukturen im Zuge der neoliberalen Globalisierung*. In: Dieter Boris et al.: *Sozialstrukturen in Lateinamerika*, VS-Verlag // Wiesbaden 2008

Rosset, Peter M. & Raj Patel et al. (Hg.) *Promised Land: Competing Visions of Agrarian Reform* // Food First Books // Oakland 2006 // Download einzelner Kapitel: <http://www.foodfirst.org/node/1587>

Zunino, Mariela *Integration for Plunder: The Meso America Project, or ratcheting up the land grab* // Ciepac Boletín Nr. 583 // 2010

Zoomers, Annelies *Globalisation and the foreignisation of space: seven processes driving the current global land grab* // Journal of Peasant Studies // Volume 37 // Issue 2 // 2010

## Webseiten:

Webseite des FDCL e.V. zu Land Grabbing: [www.land-grabbing.de](http://www.land-grabbing.de)

La Via Campesina: [www.viacampesina.org](http://www.viacampesina.org)

Grain: [www.grain.org](http://www.grain.org)

Umfassende Sammlung von Nachrichten zu weltweitem Land Grabbing: <http://farmlandgrab.org>

FIAN Food First International Action Network, Organisaiton zum Menschenrecht auf Nahrung: [www.fian.org](http://www.fian.org) und [www.fian.de](http://www.fian.de)

International Land Coalition: [www.commercialpressuresonland.org/](http://www.commercialpressuresonland.org/)

INKOTA: [www.inkota.de](http://www.inkota.de)

attac Agrarnetz: [www.attac-netzwerk.de/agrarnetz](http://www.attac-netzwerk.de/agrarnetz)

Kampagne Meine Landwirtschaft: [www.meine-landwirtschaft.de](http://www.meine-landwirtschaft.de)

Weltagrarbericht: [www.weltagrarbericht.de](http://www.weltagrarbericht.de)

## Filme und Medien:

*Dritte Welt im Ausverkauf* // Von Alexis Marant // ARTE-Dokumentation // Eine Reise quer durch drei Kontinente, um den weltweiten Ankauf von Agrarland in der Dritten Welt aufzuzeigen // <http://planete-a-vendre.arte.tv/de/>

*El veneno de las pampas (Das Gift der Pampa)* // Der 25-minütige Film zeigt die Situation im argentinischen Soja-Anbaugebiet Santa Fe und die tragischen Folgen der Glyphosatanwendung für die Bevölkerung // Download: [www.gmwatch.eu/gm-videos/26/12580](http://www.gmwatch.eu/gm-videos/26/12580)

*Taste the Waste* Ein Dokumentarfilm fordert: Unser Umgang mit Lebensmitteln muss sich ändern. Schluss mit der sinnlosen Vernichtung von Lebensmitteln! // Von Valentín Thurn // Deutschland 2011// Kinostart 08. September 2011

*Reverdecer* Dokumentarfilm über die Folgen des Sojaanbaus in Argentinien und Paraguay // Filmkollektiv chaya comunicación // Argentinien 2007 // <http://www.chayar.com.ar>

*Interaktive Landkarte* zum Ausverkauf von Ackerland in verschiedenen Ländern: <http://www.inkota.de/nc/themen-kampagnen/welternahrungslandwirtschaft/land-grabbing/interaktive-weltkarte/#c5068>

Einkaufsratgeber *Gentechnikfreier Genuss* von Greenpeace Deutschland // Download: [www.jpberlin.de/attacwtaal-agrar/dateien.html](http://www.jpberlin.de/attacwtaal-agrar/dateien.html)



// Das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. (FDCL) ist seit 1974 als Informations- und Kommunikationszentrum Anlaufstelle und Treffpunkt für Menschen und Gruppen, die sich über Lateinamerika informieren und engagieren wollen.

// Das FDCL hat eine internationalistische Grundorientierung und versteht sich als Teil der bundesdeutschen Solidaritäts- und der weltweiten globalisierungskritischen Bewegung. Wir beschäftigen uns zum Beispiel mit den verschiedenen Aspekten der Globalisierung und den internationalen Rahmenbedingungen für Entwicklung im Kontext des so

genannten Nord-Süd-Verhältnisses. Außerdem mit Handels- und Entwicklungspolitik, Ökologie, Migration und Rassismus sowie den Beziehungen zwischen fortschrittlichen Bewegungen und politischen Akteuren hier und in Lateinamerika. Das Eintreten für die politisch-bürgerlichen wie die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte ist seit jeher ein zentrales Anliegen der Arbeit des FDCL.

// Mit dieser Ausrichtung konzentriert sich das FDCL bei seinen Aktivitäten seit mehr als 37 Jahren auf die Solidaritätsarbeit zu Lateinamerika und die entwicklungsbezogene Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit im Inland: So organisiert der Verein politische Informations- und Diskussionsveranstaltungen, Seminare und Tagungen, Kultur- und Besuchsprogramme mit Gästen aus Lateinamerika und öffentliche Aktionen. Zu einzelnen Aspekten und Themen unserer Arbeit veröffentlichen wir Bücher, Reader und Informationsmaterialien.

// Archiv, Veranstaltungen und Publikationen des FDCL e.V. unter: [www.fdcl-berlin.de](http://www.fdcl-berlin.de)

## LATEIN AMERIKA NACHRICHTEN

// Die Lateinamerika Nachrichten (LN) sind eine Monatszeitschrift, die seit 1973 solidarisch, kritisch und unabhängig über aktuelle Entwicklungen und Hintergrundthemen aus Politik, Gesellschaft, Kultur und Wirtschaft in Lateinamerika und der Karibik berichtet. Mit einer differenzierten und kritisch-solidarischen Berichterstattung möchten wir nicht nur Informationsquelle sein, sondern

die gesellschaftlichen Verhältnisse genau analysieren und kritisch hinterfragen.

// Wir finden uns nicht ab mit einer globalen (Un-)Ordnung, in der ein großer Teil der Menschheit in Armut und Unterdrückung lebt und von gesellschaftlicher und kultureller Teilhabe ausgeschlossen ist. Reflexion und Kritik der bestehenden Machtverhältnisse zwischen Nord und Süd sind deshalb wichtige Impulse für unser publizistisches Engagement. Neben Analysen, Reportagen und Interviews zu politischen, sozialen und wirtschaftlichen Themen berichten wir über Literatur, Film und Musik.

// Umfangreiches Archiv sowie Informationen zu Abonnements und Preisen unter: [www.lateinamerika-nachrichten.de](http://www.lateinamerika-nachrichten.de)

